

Der Polizeipräsident in Berlin

LKA 5



**Lagedarstellung
der Politisch motivierten Kriminalität
in Berlin
für das Jahr 2009**



Herausgeber:

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Tel.: 030/4664-0
Fax: 030/4664-952599
E-Mail: lka5@polizei.berlin.de
Internet: www.polizei.berlin.de



Einleitung	5
1. Politisch motivierte Kriminalität	
1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	9
1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität	10
1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten	11
1.4 Betrachtung des Fallaufkommens PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“	
1.4.1 Entwicklung des Fallaufkommens PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“	13
1.4.2 Fallzahlen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ nach Verwaltungsbezirken	14
1.4.3 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“	15
1.4.4 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ nach Staatsangehörigkeiten	16
1.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK im Zusammenhang mit der Europa- und Bundestagswahl	
1.5.1 Fallaufkommen PMK im Zusammenhang mit der Europawahl	17
1.5.2 Fallaufkommen PMK im Zusammenhang mit der Bundestagswahl	17
2. Politisch motivierte Kriminalität - rechts	
2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts	18
2.1.2 Fallzahlen PMK – rechts mit ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen im Jahresvergleich	19
2.1.3 Fallzahlen PMK – rechts nach Verwaltungsbezirken	21
2.2 Tatverdächtige PMK – rechts	23
2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts	24
2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts	25
2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts	28
2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts	29
2.7 Prognose PMK - rechts	29



3. Politisch motivierte Kriminalität - links	
3.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links	30
3.1.2 Fallzahlen PMK – links mit ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen im Jahresvergleich	31
3.1.3 Fallzahlen PMK – links nach Verwaltungsbezirken	34
3.2 Tatverdächtige PMK – links	37
3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links	38
3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - links	43
3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - links	44
3.6 Prognose PMK - links	45
4. Sonderauswertung „Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge“	46
5. Politisch motivierte Ausländerkriminalität	
5.1 Gesamtübersicht	
5.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität	50
5.1.2 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität mit ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen im Jahresvergleich	51
5.1.3 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken	52
5.2 Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität	54
5.3 Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität	55
5.4 Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität	56
5.5 Prognose PM-Ausländerkriminalität	59
6. Fallaufkommen im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“	
6.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich	
6.1.1 Entwicklung der Fallzahlen im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“	60
6.1.2 Fallzahlen im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen nach Deliktsqualität im Jahresvergleich	61
6.2 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen	62



EINLEITUNG

Im vorliegenden Lagebild werden ausschließlich Fälle betrachtet, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Die darüber hinaus im Polizeilichen Staatsschutz des LKA Berlin bearbeiteten Verfahren, denen keine politische Motivation zugrunde liegt, sind in diesem Lagebild **nicht** dargestellt.

Die Lagedarstellung gibt einen allgemeinen Überblick über die Politisch motivierte Kriminalität in Berlin. Im Weiteren werden ausgewählte Fallzahlen der Phänomenbereiche mit Erklärungen sowie besonderen Ereignissen und Prognosen dargestellt.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Phänomenbereiche Politisch motivierte Kriminalität – rechts (PMK – rechts), Politisch motivierte Kriminalität – links (PMK – links, Politisch motivierte Ausländerkriminalität und in den Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen und in die Deliktsqualitäten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

Die sich auf einen Jahresvergleich beziehenden Tabellen enthalten Angaben zur Entwicklung der Fallzahlen (Prozentangabe und Pfeilsymbol). Auf diese Darstellung wird verzichtet, sofern die zu vergleichenden Fallzahlen im einstelligen Bereich liegen. Darüber hinaus werden in den einzelnen Phänomenbereichen ausgewählte Themenfelder bzw. Unterthemen dargestellt.

Einem Fall können unter Umständen mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden. Aus diesem Grund lässt die Anzahl der Themenfeld- und Unterthemennennungen keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Fallaufkommen zu.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss – ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil – einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Deshalb werden sie unter Umständen auch überjährig immer wieder aktualisiert dargestellt.



Ausgewählte Definitionen des KPMD-PMK

Fallzahlen

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität sind eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen politisch motivierten strafrechtlichen Sachverhalte. Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, sie werden jedoch aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - Aufnahme mehrerer Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

Phänomenbereiche

Dem Phänomenbereich PMK – rechts werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Dem Phänomenbereich PMK – links werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss.

In dieser Lagedarstellung gewählte Formulierungen, wie politisch rechts motiviert oder politisch links motiviert u. ä. beinhalten nicht die allgemeine Grundhaltung einer Person, sondern eine Einstellung, die zur Durchsetzung politischer Ziele auch Straftaten befürwortet.

Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie da-



rauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen.

Bei dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ handelt es sich um keinen Phänomenbereich. Hier werden die Fälle erfasst, die nach Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Motivation des Tatverdächtigen keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden können. Dies gilt z. B. für Staatsschutzdelikte, die im Rahmen des KPMD-PMK meldepflichtig sind, auch wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht erkennbar ist.

Deliktsqualitäten

Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) erfasst.

Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.

Propagandadelikte sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

Als sonstige Delikte werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden der Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ zugeordnet.



Extremistische Kriminalität

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind, also darauf abzielen, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen
- Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz
- Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition
- Die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung
- Die Unabhängigkeit der Gerichte
- Den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft
- Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte

Ebenfalls zugeordnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

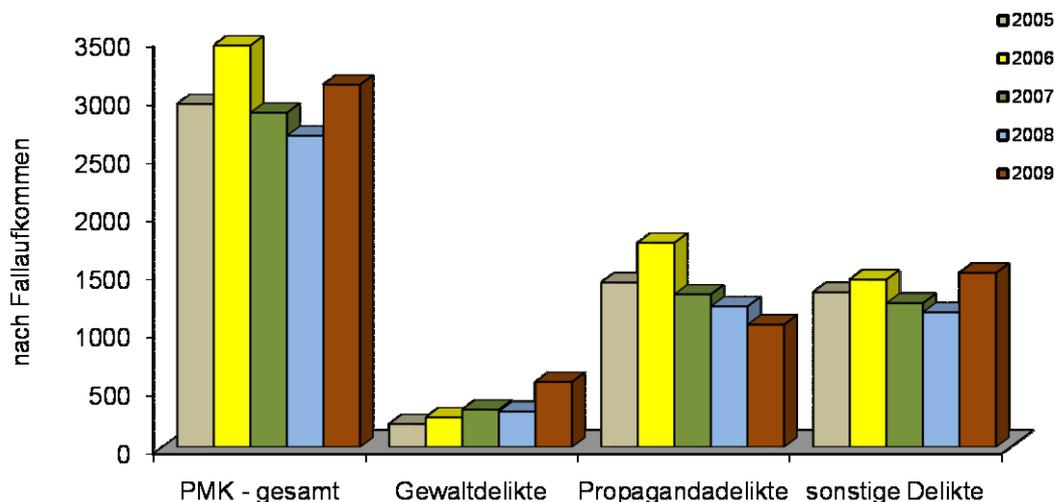


1. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

1.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 3115 Fälle gemeldet. Im Vorjahr waren es 2676 Fälle.

	2005	2006	2007	2008	2009
Terrorismus ¹	7	2	2	4	6
↳ geklärt	3	0	1	3	6
Aufklärungsquote	43%	0%	50%	75%	100%
Gewaltdelikte	198	255	322	305	560
↳ geklärt	104	143	121	123	209
Aufklärungsquote	53%	56%	38%	40%	37%
Propagandadelikte	1414	1756	1313	1209	1052
↳ geklärt	561	677	421	407	395
Aufklärungsquote	40%	39%	32%	34%	38%
sonstige Delikte	1330	1439	1237	1158	1497
↳ geklärt	546	547	360	339	523
Aufklärungsquote	41%	38%	29%	29%	35%
PMK gesamt	2949	3452	2874	2676	3115
↳ geklärt	1214	1367	903	872	1133
Aufklärungsquote	41%	40%	31%	33%	36%



¹ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf drei im Jahr 2005, zwei im Jahr 2008 und zwei im Jahr 2009 beim BKA aufgrund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Aufgrund des geringen Fallzahlenaufkommens wird auf die graphische Darstellung der Entwicklung des Terrorismus verzichtet.



Mit einem Anstieg des Fallaufkommens um 255 Fälle im Vergleich zum Vorjahr (Anstieg um 84 %) ist bei den **Gewaltdelikten** im Berichtsjahr das höchste Fallaufkommen der letzten fünf Jahre zu verzeichnen.

Die Zahl der **Propagandadelikte** geht seit dem höchsten Anstieg im Jahr 2006 kontinuierlich zurück. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt 157 Fälle (Rückgang um 13 %).

Nachdem die **sonstigen Delikte** seit dem Jahr 2006 kontinuierlich rückläufig waren, ist im Berichtsjahr ein Anstieg des Fallaufkommens um 339 Fälle (Anstieg um 29 %) zu erkennen. Die Fallzahlen befinden sich somit auf dem höchsten Stand der letzten fünf Jahre.

Mögliche Ursachen für die Entwicklung der Fallzahlen im Berichtsjahr werden in den einzelnen Phänomenbereichen näher erläutert.

1.2 Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009
Terrorismus	4	0	5	5	11
↳ männlich	4	0	5	5	10
↳ weiblich	0	0	0	0	1
Gewaltdelikte	235	279	365	235	335
↳ männlich	198	255	313	206	300
↳ weiblich	37	24	52	29	35
Propagandadelikte	634	810	507	491	469
↳ männlich	591	764	469	461	443
↳ weiblich	43	46	38	30	26
sonstige Delikte	927	874	570	551	1014
↳ männlich	713	738	479	431	799
↳ weiblich	214	136	91	120	215
PMK Gesamt	1800	1963	1447	1282	1829
↳ männlich	1506	1757	1266	1103	1552
↳ weiblich	294	206	181	179	277

Trotz der zweithöchsten Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger im Berichtsjahr ist die Aufklärungsquote in den letzten fünf Jahren bei den **Gewaltdelikten** mit 37 % am niedrigsten. Hierzu ist anzumerken, dass zum Einen 48 % (100 Fälle) der aufge-



klärten 209 Gewaltdelikte von jeweils mehr als einem Täter begangen wurden. Zum Anderen konnten vor allem bei den Brandstiftungen nur wenige Fälle aufgeklärt werden.

Bei den **Propagandadelikten** ist die Anzahl der bekannt gewordenen Tatverdächtigen seit dem Jahr 2006 weiter rückläufig.

Bei den **sonstigen Delikten** war im Berichtsjahr mit 1014 bekannt gewordenen Tatverdächtigen die höchste Anzahl der letzten fünf Jahre zu verzeichnen. Von den 523 aufgeklärten sonstigen Delikten wurden 125 Fälle (24 %) von jeweils mehr als einem Tatverdächtigen begangen.

1.3 Betrachtung des KPMD-PMK unter Gender-Aspekten

Im Jahr 2009 traten insgesamt 1829 Tatverdächtige mit meldepflichtigen Straftaten im Sinne des KPMD-PMK in Erscheinung. Davon waren 277 weibliche Tatverdächtige. Dies entspricht einem Anteil von 15 %.

	2005	2006	2007	2008	2009
PMK - rechts TV gesamt	654	862	562	515	529
dav. weiblich	57	62	36	39	36
Anteil	9%	7%	6%	8%	7%
PMK - links TV gesamt	703	425	391	330	861
dav. weiblich	195	86	102	94	183
Anteil	28%	20%	26%	28%	21%
PM-Ausländerkrim. TV gesamt	76	155	181	116	166
dav. weiblich	1	17	9	10	19
Anteil	1%	11%	5%	9%	11%
Nicht zuzuordnen TV gesamt	367	521	313	321	273
dav. weiblich	41	41	34	36	39
Anteil	11%	8%	11%	11%	14%
PMK TV gesamt	1800	1963	1447	1282	1829
dav. weiblich	294	206	181	179	277
Anteil	16%	10%	13%	14%	15%

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger im Phänomenbereich PMK – rechts beträgt im Berichtsjahr mit 36 Personen 7 %. Die geringe Beteiligung weiblicher Personen an politisch rechts motivierten Straftaten ist im ideologischen Kontext des Phänomenbereichs erklärbar. Im Dritten Reich war die Rolle der Frau auf bestimmte Bereiche festgelegt. Sie war für die Erhaltung der Kultur, der Bräuche und der „deut-



schen Rasse“ zuständig und sollte den Mann und gleichzeitig das Vaterland stützen. Dies scheint in der Ideologie der rechten Szene auch heute noch eine gewisse kriminelle Aktivitäten dämpfende Rolle im Phänomenbereich PMK – rechts zu spielen.

Der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen ist im Phänomenbereich PMK – links am höchsten. Die von den anderen Phänomenbereichen abweichende Verteilung im Phänomenbereich PMK – links liegt an der Definition der Rolle der Frau innerhalb der linken Szene. Sie beruht auf der Selbstbefreiung der Frau und damit der Gleichstellung der Geschlechter. Diese Selbstbefreiung der Frau drückt sich innerhalb der linken Szene vor allem in der Unabhängigkeit zur Durchführung von Aktionen und Entscheidungsprozessen im politischen Kontext aus. Bei Demonstrationen und Protestaktionen innerhalb der linken Szene sind weibliche Personen präsenter als in den anderen Phänomenbereichen. Auch bei Gewaltdelikten, vor allem Landfriedensbrüchen und Widerstandshandlungen, sind weibliche Tatverdächtige vertreten.

Der im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität geringe Anteil weiblicher Tatverdächtiger dürfte mit der Stellung der Frau in der islamischen bzw. muslimischen Gesellschaft zusammenhängen.

Im Jahr 2009 waren 39 weibliche Tatverdächtige (14 %) an politisch motivierten Straftaten beteiligt, die keinem der drei Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten.

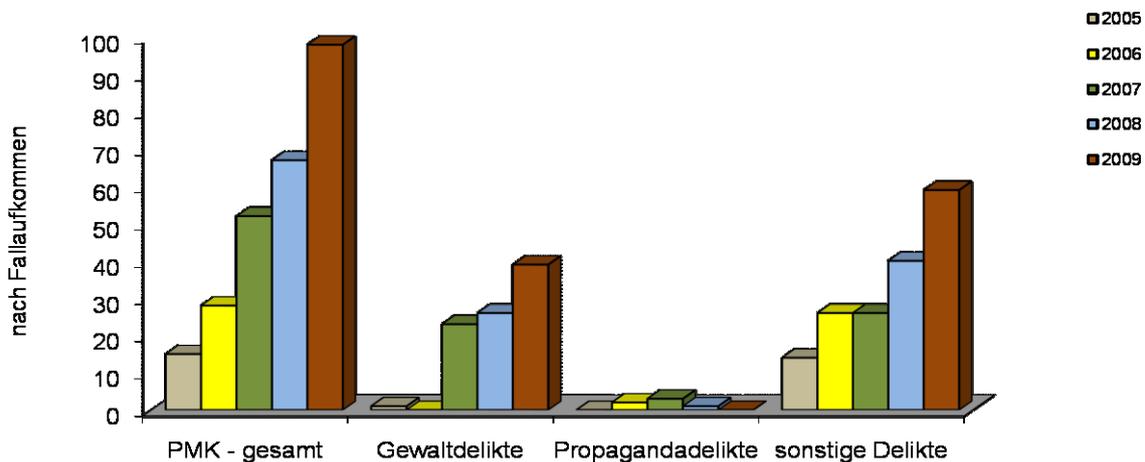


1.4 Betrachtung des Fallaufkommens PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

1.4.1 Entwicklung des Fallaufkommens PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 98 Fälle gemeldet, die nach Umständen der Tat bzw. der Motivation des Täters dem Themenfeld „Hasskriminalität“², Unterthema „sexuelle Orientierung“ zuzuordnen waren. Im Vorjahr wurden insgesamt 67 Fälle registriert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	1	0	23	26	39
↳ geklärt	0	0	8	10	14
Aufklärungsquote	0%	- / -	35%	38%	36%
Propagandadelikte	0	2	3	1	0
↳ geklärt	0	0	2	0	0
Aufklärungsquote	- / -	0%	67%	0%	- / -
sonstige Delikte	14	26	26	40	59
↳ geklärt	3	9	14	17	26
Aufklärungsquote	21%	35%	54%	43%	44%
PMK gesamt	15	28	52	67	98
↳ geklärt	3	9	24	27	40
Aufklärungsquote	20%	32%	46%	40%	41%



² Hasskriminalität bezeichnet politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen dass sie gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer/ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.



Für die Steigerung der Fallzahlen in den letzten fünf Jahren sind vermutlich mehrere Faktoren verantwortlich. Vor allem konnte eine Erhellung des Dunkelfeldes aufgrund des intensivierten Informationsaustausches zwischen Opferschutzverbänden und Polizei über die Ansprechpartner der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen erreicht werden. Die Optimierung interner Verfahrensabläufe dürfte ebenfalls zur Erhellung des Dunkelfeldes beigetragen haben.

Beim überwiegenden Anteil der **Gewaltdelikte** handelt es sich um Körperverletzungen (2009: 36 Fälle, 92 %, 2008: 23 Fälle, 88 %). Bei den sonstigen Delikten überwiegen die Beleidigungen (2009: 41 Fälle, 69 %, 2008: 24 Fälle, 60 %).

1.4.2 Fallzahlen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		Gesamt	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Charlottenburg-Wilmersdorf	0	6	0	0	2	2	2	8
Friedrichshain-Kreuzberg	7	7	1	0	6	8	14	15
Lichtenberg	0	0	0	0	1	1	1	1
Marzahn-Hellersdorf	1	3	0	0	1	2	2	5
Mitte	7	6	0	0	13	12	20	18
Neukölln	1	0	0	0	0	3	1	3
Pankow	4	5	0	0	8	3	12	8
Reinickendorf	0	0	0	0	2	0	2	0
Spandau	0	0	0	0	0	1	0	1
Steglitz-Zehlendorf	0	0	0	0	1	0	1	0
Tempelhof-Schöneberg	6	12	0	0	6	23	12	35
Treptow-Köpenick	0	0	0	0	0	4	0	4
Berlin gesamt	26	39	1	0	40	59	67	98

Das höchste Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ wurde im Berichtsjahr in den Verwaltungsbezirken Tempelhof-Schöneberg mit 35 Fällen (2008: 12 Fälle), Mitte mit 18 Fällen (2008: 20 Fälle) und Friedrichshain-Kreuzberg mit 15 Fällen (2008: 14 Fälle) registriert.

Von den im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg registrierten 35 Fällen im Jahr 2009 ereigneten sich 27 Fälle im Ortsteil Schöneberg als Szenekiez vieler Homosexueller und Transgender.



Von den im Verwaltungsbezirk Mitte für 2009 registrierten 18 Fälle ereigneten sich 11 Fälle im Ortsteil Mitte.

Zehn der 15 Fälle in Friedrichshain-Kreuzberg wurden im Ortsteil Kreuzberg begangen.

1.4.3 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	0	0	12	12	23
↪ männlich	0	0	12	12	22
↪ weiblich	0	0	0	0	1
Propagandadelikte	0	0	2	0	0
↪ männlich	0	0	2	0	0
↪ weiblich	0	0	0	0	0
sonstige Delikte	3	11	19	17	36
↪ männlich	3	10	18	16	25
↪ weiblich	0	1	1	1	11
PMK Gesamt	3	11	33	29	59
↪ männlich	3	10	32	28	47
↪ weiblich	0	1	1	1	12

Straftaten gegen die sexuelle Orientierung werden hauptsächlich von männlichen Personen begangen. Trotz der höchsten Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger im Berichtsjahr konnte nur die zweithöchste Aufklärungsquote erreicht werden.



1.4.4 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ nach Staatsangehörigkeiten

	2008			2009		
	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt
unbekannt	1		1			0
Bosnien und Herzegowina	1		1			0
Deutschland	21	1	22	33	12	45
Griechenland			0	1		1
Irak			0	1		1
Italien			0	3		3
Kenia	1		1			0
Peru			0	1		1
Polen			0	2		2
Rumänien			0	1		1
Schweden	1		1			0
Serbien und Montenegro	1		1			0
Türkei	2		2	4		4
Ukraine			0	1		1
Gesamt	28	1	29	47	12	59



1.5 Betrachtung des Fallaufkommens im Zusammenhang mit der Europa- und Bundestagswahl 2009

1.5.1 Fallaufkommen im Zusammenhang mit der Europawahl

Im Jahr 2009 wurden neun Fälle im Zusammenhang mit der Europawahl gemeldet, bei denen eine politische Motivation erkennbar war. Im vergleichbaren Jahr 2004 waren es 18 Fälle.

Sechs der neun Fälle im Jahr 2009 wurden dem Phänomenbereich PMK – rechts zugeordnet, drei Fällen konnten keinem Phänomenbereich zugerechnet werden. Im Vergleichsjahr 2004 wurden zwei Fälle dem Phänomenbereich PMK – rechts und sechs Fälle dem Phänomenbereich PMK – links zugeordnet. Zehn Fälle konnten keinem Phänomenbereich zugerechnet werden.

Bei den festgestellten Fällen handelt es sich überwiegend um Sachbeschädigungen (2009: sieben Fälle, 2004: 11 Fälle).

1.5.2 Fallaufkommen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl

Im Jahr 2009 wurden 107 Fälle im Zusammenhang mit der Bundestagswahl gemeldet, bei denen eine politische Motivation erkennbar war. Im vergleichbaren Jahr 2005 wurden 143 Fälle gemeldet.

33 Fälle von den 107 Fällen des Jahres 2009 wurden dem Phänomenbereich PMK – rechts zugerechnet (2005: 37 Fälle), 34 Fälle im Phänomenbereich PMK – links (2005: 37 Fälle) und zwei Fälle im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität (2005: zwei Fälle) registriert. 38 Fälle konnten keinem Phänomenbereich zugeordnet werden (2005: 67 Fälle).

Auch beim Fallaufkommen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl handelt es sich überwiegend um Sachbeschädigungen (2009: 78 Fälle, 2005: 76 Fälle). Bei 13 Fällen handelt es sich um Propagandadelikte gem. §§ 86, 86 a StGB (2005: 22 Fälle). Diese waren überwiegend dem Phänomenbereich PMK – rechts zuzuordnen.



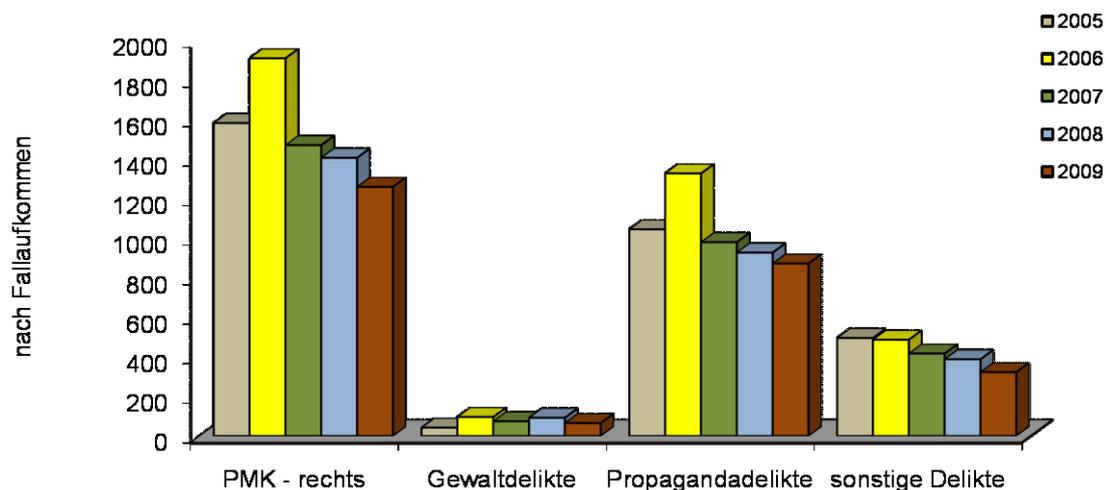
2. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - RECHTS

2.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

2.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - rechts

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – rechts insgesamt 1261 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 1408 Fälle registriert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	42	96	74	92	65
↳ geklärt	22	57	39	59	29
Aufklärungsquote	52%	59%	53%	64%	45%
Propagandadelikte	1046	1329	981	928	873
↳ geklärt	294	331	203	186	236
Aufklärungsquote	28%	25%	21%	20%	27%
sonstige Delikte	496	487	417	388	323
↳ geklärt	172	208	155	135	135
Aufklärungsquote	35%	43%	37%	35%	42%
PMK - rechts	1584	1912	1472	1408	1261
↳ geklärt	488	596	397	380	400
Aufklärungsquote	31%	31%	27%	27%	32%





2.1.2 Fallzahlen PMK – rechts mit ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen im Jahresvergleich

	Gesamt		Entwicklung		dav. extrem.		Entwicklung	
	2008	2009			2008	2009		
Gewaltdelikte	92	65	-29%	↓	79	56	-29%	↓
↳ antisemitisch	6	6			6	6		
↳ fremdenfeindlich	65	37	-43%	↓	62	36	-42%	↓
↳ gegen links	17	22	29%		8	16	100%	
Propagandadelikte	928	873	-6%	↘	928	873	-6%	↘
↳ antisemitisch	40	23	-43%	↓	40	23	-43%	↓
↳ fremdenfeindlich	84	51	-39%	↓	84	51	-39%	↓
↳ gegen links	21	15	-29%	↓	21	15	-29%	↓
sonstige Delikte	388	323	-17%	↘	326	273	-16%	↘
↳ antisemitisch	151	149	-1%	→	151	149	-1%	→
↳ fremdenfeindlich	144	107	-26%	↓	135	102	-24%	↘
↳ gegen links	35	46	31%	↑	15	17	13%	↗
PMK - rechts	1408	1261	-10%	↘	1333	1202	-10%	↘
↳ antisemitisch	197	178	-10%	↘	197	178	-10%	↘
↳ fremdenfeindlich	293	195	-33%	↓	281	189	-33%	↓
↳ gegen links	73	83	14%	↗	44	48	9%	↗

Legende: ↓ Rückgang um 5% bis 25% → Anstieg oder Rückgang bis 5% ↗ Anstieg über 5% bis 25%
 ↓ Rückgang mehr als 25% ↑ Anstieg über 25%

Das **Gesamtaufkommen** im Phänomenbereich PMK – rechts ist im Vergleich zum Vorjahr um 147 Fälle gesunken. Ursächlich dafür ist u.a. der Rückgang des Fallaufkommens in den Unterthemen „antisemitisch“ (Rückgang um 19 Fälle) sowie „fremdenfeindlich“ (Rückgang um 98 Fälle).

Die **Gewaltdelikte** im Phänomenbereich PMK – rechts sind im Vergleich zum Vorjahr um 27 Fälle gesunken. Die Fallzahlen der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte sind damit in diesem Jahr wieder annähernd auf dem Niveau der Jahre 2006 (45 Fälle) und 2007 (36 Fälle). Im Jahr 2008 war im 1. Halbjahr ein Anstieg der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte zu verzeichnen, dessen Ursache trotz eingehender Analyse der



Fälle nicht festzustellen war und der ausschließlich in Berlin verzeichnet wurde. Dieser Trend setzte sich im Berichtsjahr nicht fort.

Bei den **Propagandadelikten** ist ein Rückgang der Fallzahlen um 55 Fälle zu verzeichnen. Konkrete Ursachen sind nicht erkennbar. Zu 637 Fällen (64 %) konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden. 558 der 873 Propagandadelikte (64 %) wurden durch das Anbringen von rechtsgerichteten Parolen und/oder Symbolen begangen. Auch bei den Propagandadelikten ist ein Rückgang der antisemitischen und fremdenfeindlichen Fälle zu verzeichnen.

Bei den **sonstigen Delikten** stiegen die Fallzahlen im Unterthema „gegen links“ um 11 Fälle an. Dies beruht auf einem gestiegenen Fallaufkommen in den Deliktsbereichen Beleidigung/Üble Nachrede/Verleumdung von vier Fällen im Jahr 2008 auf acht Fälle im Jahr 2009, Sachbeschädigung von 17 Fällen im Jahr 2008 auf 23 Fälle im Jahr 2009 (Anstieg um 35 %) und Volksverhetzung von drei Fällen im Jahr 2008 auf sechs Fälle im Jahr 2009.

Ursächlich für den Rückgang der sonstigen Delikte im Unterthema „fremdenfeindlich“ ist vor allem das gesunkene Fallaufkommen im Deliktsbereich Beleidigung/Üble Nachrede/Verleumdung (2009: 29 Fälle, 2008: 41 Fälle, Rückgang um 29 %) und Sachbeschädigung (2009: 14 Fälle, 2008: 36 Fälle, Rückgang um 61 %). Das Fallaufkommen im Deliktsbereich Volksverhetzung ist mit 57 Fällen in beiden Jahren gleich geblieben.



2.1.3 Fallzahlen PMK - rechts nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PMK - rechts	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Charlottenburg-Wilmersdorf	10	2	74	61	39	26	123	89
Friedrichshain-Kreuzberg	12	11	66	67	27	22	105	100
Lichtenberg	15	3	101	82	49	26	165	111
Marzahn-Hellersdorf	10	5	85	95	20	19	115	119
Mitte	11	10	114	117	72	46	197	173
Neukölln	3	7	86	76	31	22	120	105
Pankow	11	8	90	104	44	29	145	141
Reinickendorf	0	0	42	49	19	18	61	67
Spandau	3	1	47	36	17	14	67	51
Steglitz-Zehlendorf	2	5	48	35	16	30	66	70
Tempelhof-Schöneberg	2	1	91	67	27	34	120	102
Treptow-Köpenick	13	12	84	84	27	37	124	133
Berlin gesamt	92	65	928	873	388	323	1408	1261

Das **Gesamtaufkommen** ist in fast allen Verwaltungsbezirken rückläufig oder auf dem Niveau des Vorjahres. Im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick ist ein Anstieg des Fallaufkommens um neun Fälle (Anstieg um 7 %) zu verzeichnen.

Während in fast allen Verwaltungsbezirken das Fallaufkommen der **Gewaltdelikte** rückläufig ist, ist in den Verwaltungsbezirken Neukölln und Steglitz-Zehlendorf ein Anstieg zu verzeichnen, der jedoch keine statistische Auffälligkeit darstellt.

Die **Propagandadelikte** sind in fünf Verwaltungsbezirken angestiegen. Der höchste Anstieg ist in den Verwaltungsbezirken Pankow (Anstieg um 14 Fälle) und Marzahn-Hellersdorf (Anstieg um zehn Fälle) zu verzeichnen. In beiden Verwaltungsbezirken handelt es sich überwiegend um das Anbringen von rechtsgerichteten Symbolen und/oder Parolen durch unbekannte Täter, so dass eine konkrete Ursache für den Anstieg der Fallzahlen nicht erkennbar ist.

Der höchste Rückgang der Propagandadelikte ist im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg (Rückgang um 24 Fälle), gefolgt von den Verwaltungsbezirken Lichtenberg (Rückgang um 19 Fälle), Charlottenburg-Wilmersdorf (Rückgang um 13 Fälle), Steglitz-Zehlendorf (Rückgang um 13 Fälle), Spandau (Rückgang um 11 Fälle) und



Neukölln (Rückgang um zehn Fälle), festzustellen. Auch dafür sind keine konkreten Ursachen erkennbar.

Im Bereich der **sonstigen Delikte** ist vor allem im Verwaltungsbezirk Steglitz-Zehlendorf ein Anstieg des Fallaufkommens um 14 Fälle erkennbar. Ursächlich dafür ist u. a. ein Anstieg der Volksverhetzungen von zehn Fällen im Jahr 2008 auf 18 Fälle im Jahr 2009 (Anstieg um 80 %). Auch im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick ist ein Anstieg des Fallaufkommens bei den sonstigen Delikten von 27 Fällen im Jahr 2008 auf 37 Fälle im Jahr 2009 (Anstieg um 37 %) erkennbar. Auch hier ist vor allem der Anstieg bei den Volksverhetzungen von drei Fällen im Jahr 2008 auf 14 Fälle im Jahr 2009 ursächlich.

Ein Rückgang des Fallaufkommens ist vor allem in den Verwaltungsbezirken Mitte (Rückgang um 26 Fälle) und Lichtenberg (Rückgang um 23 Fälle) zu verzeichnen.

Ursächlich für den Rückgang im Verwaltungsbezirk Mitte ist das gesunkene Fallaufkommen in den Deliktsbereichen Beleidigung/Üble Nachrede/Verleumdung (2008: 16 Fälle, 2009: sechs Fälle, Rückgang um 63 %), Sachbeschädigung (2008: 18 Fälle, 2009: 11 Fälle, Rückgang um 39 %) und Volksverhetzung (2008: 31 Fälle, 2009: 26 Fälle, Rückgang um 16 %).

Im Verwaltungsbezirk Lichtenberg ist vor allem bei den Sachbeschädigungen (2008: 27 Fälle, 2009: zehn Fälle, Rückgang um 63 %) ein geringeres Fallaufkommen zu verzeichnen.



2.2 Tatverdächtige PMK – rechts

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	42	119	101	89	44
↪ männlich	40	112	94	82	39
↪ weiblich	2	7	7	7	5
Propagandadelikte	362	429	267	247	288
↪ männlich	340	405	252	232	276
↪ weiblich	22	24	15	15	12
sonstige Delikte	250	314	194	179	197
↪ männlich	217	283	180	162	178
↪ weiblich	33	31	14	17	19
PMK Gesamt	654	862	562	515	529
↪ männlich	597	800	526	476	493
↪ weiblich	57	62	36	39	36

Die höchste Anzahl bekannt gewordener Tatverdächtiger war im Jahr 2006 mit 862 Tatverdächtigen zu verzeichnen, für dasselbe Jahr ist auch das höchste Fallaufkommen (1912 Fälle) im Phänomenbereich PMK – rechts feststellbar. Die wenigsten Tatverdächtigen der letzten fünf Jahre sind im Jahr 2008 bekannt geworden.

Die Gruppenstruktur in Bezug auf die geklärten Fälle stellt sich wie folgt dar:

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PMK - rechts	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Einzeltäter	37	21	148	197	105	111	290	329
2 Täter	11	2	17	24	12	11	40	37
3 - 5 Täter	9	5	10	8	11	9	30	22
6 - 10 Täter	0	0	3	2	1	3	4	5
über 10 Täter	2	0	0	1	0	1	2	2
unbekannt	0	1	8	4	6	0	14	5
Anzahl geklärt	59	29	186	236	135	135	380	400

Sowohl bei den Gewaltdelikten (2008: 63 %, 2009: 72 %) als auch bei den Propagandadelikten (2008: 80 %, 2009: 83 %) und den sonstigen Delikten (2008: 78 %, 2009: 82 %) wurden die meisten der geklärten Fälle durch Einzeltäter begangen.



2.3 Herausragende Ereignisse PMK - rechts

Versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung

Am 12.07.2009, gegen 05:45 Uhr, trafen vier Personen der rechten Szene im Bereich des S-Bahnhofs Frankfurter Allee (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) auf eine etwa zehnköpfige, der linken Szene zuzurechnende Personen-Gruppe. Durch die Personen der linken Gruppierung wurden die Personen der rechten Szene aufgrund ihrer szenetypischen Bekleidung angegriffen, wodurch zunächst ein Angehöriger der rechten Szene verletzt wurde. Im Folgenden schlugen und traten die Personen der vierköpfigen rechten Gruppierung auf einen Angehörigen der linken Szene ein, so dass dieser lebensgefährliche Kopfverletzungen erlitt. Erst durch das Eintreffen der Polizei wurden weitere Straftaten verhindert. Die Beschuldigten konnten noch am Tatort festgenommen werden und erhielten Haftbefehl. Gegen die vier Personen wurde Anklage wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung erhoben. Der Haupttäter wurde wegen versuchten Totschlags zu einer Haftstrafe von fünfeinhalb Jahren verurteilt. Zwei weitere Mittäter wurden wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe von jeweils zwei Jahren verurteilt, der vierte Angeklagte wurde freigesprochen. Da das Urteil zum Statistikschluss noch nicht vorlag, konnte die Entscheidung des Gerichts nicht in die Fallzahlen einfließen.

Versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung

Am 19.09.2009, gegen 04.10 Uhr, wurden zwei iranische Staatsangehörige auf dem U-Bahnhof Rehberge (Verwaltungsbezirk Mitte) durch eine vierköpfige deutsche Tätergruppe (zwei Männer, zwei Frauen) fremdenfeindlich beleidigt und durch massive körperliche Gewalt schwer verletzt.

Alle vier Täter konnten festgenommen werden. Zum Zeitpunkt der Tat standen alle Beschuldigten unter Alkoholeinfluss und/oder dem Einfluss von Betäubungsmitteln.

Die beiden männlichen Beschuldigten befinden sich derzeit in Untersuchungshaft.

Der Prozess gegen drei der Beschuldigten (zwei Männer und eine Frau) beginnt im März vor dem Berliner Landgericht. Sie werden wegen gefährlicher Körperverletzung und ausländerfeindlicher Beleidigung angeklagt, der Vorwurf des versuchten Mordes



wurde revidiert. Aufgrund des Statistikschlusses konnte diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft nicht in die Berichterstattung einfließen.

Schwere Körperverletzung

Der türkischstämmige Geschädigte befand sich am 30.10.2009, gegen 23:10 Uhr, im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick auf dem Weg zu einer Discothek, als er von zwei männlichen Personen fremdenfeindlich beleidigt wurde. Ein Täter schlug ihm mit einer Flasche derart ins Gesicht, dass der Geschädigte an einem Auge schwere Verletzungen erlitt und dadurch dauerhaft sein Augenlicht verlor. Die Täter wurden bislang nicht ermittelt. Die Ermittlungen dauern an.

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Am 15.10.2009 wurden die Wohnungen der beiden Betreiber des Internetversandhandels „Merchant of Death“ (M.O.D.) im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick durchsucht. Beide stehen im Verdacht, über ihren Versandhandel CDs mit strafrechtlich relevanten Covern zu vertreiben.

Die Durchsuchungen verliefen mit Erfolg, insgesamt wurden ca. 12.000 Tonträger beschlagnahmt. Bei einem der Beschuldigten handelt es sich um einen polizeilich bekannten Rechtsextremisten, der bereits wegen verschiedener Gewaltdelikte eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt hat. Der andere Beschuldigte ist einer der sogenannten „Satansmörder von Sondershausen“, die im April 1993 einen Mitschüler gequält und erdrosselt hatten.

2.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK - rechts

Parteien

Alle im Jahr 2009 bekannt gewordenen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), wie der Berliner Landesparteitag, der Bundesparteitag und die „Maifeier zum Tag der nationalen Arbeit“, wurden von Gegenveranstaltungen bzw. Versammlungen insbesondere der linken Szene aber auch des bürgerlichen Spektrums begleitet. Dabei kam es zu mindestens vier Straftaten durch Angehörige des rechten Spektrums. So zeigte eine männliche Person auf dem Balkon ihrer Wohnung den „Deutschen Gruß“, als sich die Teilnehmer



der Gegendemonstration am Haus vorbei bewegten. Mehrere Mitglieder der Gruppierung „Frontbann 24“ nahmen in schwarzen Uniformen am Aufzug der NPD teil.

Des Weiteren wurde bekannt, dass am 19.09.2009 mehrere Bürger mit Migrationshintergrund, die in Berlin politisch aktiv sind, Briefe erhielten, in denen sich ein beidseitig bedruckter Flyer mit volksverhetzendem und beleidigendem Inhalt befand. Herausgeber im Sinne des Pressegesetzes war der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der NPD. Ein identischer Flyer wurde auf der Internetseite der NPD mit dem Hinweis eingestellt, den Flyer zu kopieren und zu verteilen. Im Rahmen der Ermittlungen wurden unter anderem Räumlichkeiten in der Bundesgeschäftsstelle der NPD durchsucht und Beweismittel beschlagnahmt.

Sonstige Personenzusammenschlüsse

„Frontbann 24“

Ende des Jahres 2008 wurde in Berlin die Existenz eines Personenzusammenschlusses namens „Frontbann 24“ bekannt. Die Namensgebung geht auf die im Mai 1924 gegründete Gruppierung „Frontbann“, ein Auffangbecken für in der Weimarer Republik verbotene, rechtsextreme Wehrverbände (u. a. SA, NSDAP), zurück.

Mitglieder von „Frontbann 24“ wurden erstmals im Februar 2009 bei einer öffentlichen Versammlung in Dresden festgestellt. In der Folgezeit traten sie bei verschiedenen öffentlichen Versammlungen (Kundgebungen und Aufzüge) in Berlin und im Umland in Erscheinung. „Frontbann 24“ selbst führte lediglich eine Versammlung in Form einer Mahnwache am 05.09.2009 am Bahnhof Lichtenberg (Verwaltungsbezirk Lichtenberg) durch.

Bei Versammlungen und Veranstaltungen trugen einige Mitglieder des Personenzusammenschlusses Uniformen sowie Zeichen des „Frontbann 24“. Aufgrund von diesbezüglichen Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (Uniformverbot) vollstreckten am 13.08.2009 Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes Durchsuchungsbeschlüsse bei mehreren Personen und beschlagnahmten Beweismittel zum Verfahren sowie strafrechtlich relevante Zufallsfunde. Zu diesen wurden Verfahren wegen Verstößen gegen das Waffen- und das Betäubungsmittelgesetz



sowie wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

Mit Verfügung vom 02.11.2009 verbot der Berliner Innensenator die Gruppierung „Frontbann 24“. Zum Personenzusammenschluss gehörten nach polizeilichen Erkenntnissen ca. 30 Personen, die nach Ortsgruppen unterteilt waren.

„European-Brotherhood-Radio“ (EBR)

Am 12.03.2009 wurden im Zusammenhang mit dem Internetradio „European-Brotherhood-Radio“ (EBR) in Berlin und im Bundesgebiet mehrere Durchsuchungsbeschlüsse sowie Haftbefehle vollstreckt. Die Betreiber des Senders hatten sich im Jahr 2005 zusammen geschlossen, um ihre rechtsextreme Gesinnung zu propagieren, inkriminierte Lieder abzuspielen, verfassungswidrige Bilder und Zeichnungen zu veröffentlichen sowie den Holocaust zu leugnen. Die Hörer wurden mit Parolen, wie „Heil Hitler“ bzw. „Sieg Heil“, begrüßt und auf den zugehörigen Internetseiten wurden u. a. Anleitungen zum Bau von Sprengmitteln eingestellt. Der Sender war 24 Stunden täglich in Betrieb.

Am 30.11.2009 verurteilte das Landgericht Berlin die sieben Betreiber des EBR wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung, Verstoßes gegen das Waffengesetz und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu Strafen von einem Jahr auf Bewährung bis zu zwei Jahren sowie neun Monaten Haft. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

„Heimatreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ)

Am 31.03.2009 wurden deutschlandweit die Verbotsverfügungen des Bundesministeriums des Innern vom 30.03.2009 zum Verein „Heimatreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ) zugestellt sowie Durchsuchungen nach dem Vereinsvermögen durchgeführt.

In Berlin waren drei Personen und drei Objekte betroffen, darunter der Landesvorsitzende und die Bundesgeschäftsstelle der NPD.



„Freie Kräfte“ und/oder „Autonome Nationalisten“

Auch im Jahr 2009 ging ein Teil der rechtsextremistischen Aktivitäten in Berlin von aktionsorientierten Rechten aus, die sich unter der Bezeichnung „Freie Kräfte“ und/oder „Autonome Nationalisten“ als Organisatoren und Akteure der rechten Szene etabliert haben. „Freie Kräfte“ und „Autonome Nationalisten“ stellen keine Organisationsform mit festen Strukturen dar sondern bilden einen losen Personenzusammenschluss, der anlassbezogen agiert. Dieses Klientel war in der Lage, aktuelle Themen, wie z. B. den vermeintlich linken Brandanschlag auf das überwiegend von Angehörigen der rechten Szene frequentierte Lokal „Zum Henker“ am 04.10.2009 aufzugreifen und innerhalb kurzer Zeit größere Versammlungen zu mobilisieren. Auffällig ist hier die zeitlich sehr kurzfristige Mobilisierung zur Versammlung „Vom Nationalen Widerstand zum Nationalen Angriff“ am 10.10.2009 in Berlin, an der sich bis zu 650 Personen - insbesondere aus Berlin und Brandenburg - beteiligten.

2.5 Besondere Entwicklungen PMK - rechts

Publikationen

Auch im Jahre 2009 konnten in Berlin keine strafrechtlich relevanten rechtsextremistischen Publikationen festgestellt werden.

Rechte Musikszene

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum „European-Brotherhood-Radio“ (EBR) wurde bekannt, dass am 21.02.2009 in den Räumlichkeiten des Clubs „Walhalla 92 e. V.“ eine Feier der rechten Szene mit Auftritten von Musikgruppen geplant war, bei der auch Tonträger mit zum Teil volksverhetzendem Inhalt vertrieben werden sollten. Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen wurden 85 Personen im Club angetroffen. Alle musikalischen Darbietungen konnten verhindert werden. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Volksverhetzung eingeleitet.



Ein für den 07.11.2009 in Berlin angekündigtes Konzert der durch die Öffentlichkeit als „rechts“ thematisierten Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ konnte nicht stattfinden. Dem Veranstalter war es nicht gelungen, Räumlichkeiten zur Durchführung des Konzerts anzumieten.

2.6 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK - rechts

Zwischen Berliner und Brandenburger Rechtsextremisten, insbesondere der „Freien Kräfte“, bestehen seit Jahren intensive Kontakte, so dass bei vielen Demonstrationen in Berlin und Brandenburg jeweils Teilnehmer aus dem anderen Bundesland zu verzeichnen sind. So wurden bei der Demonstration „Vom Nationalen Widerstand zum Nationalen Angriff“ am 10.10.2009 in Berlin und der Demonstration „Jugend braucht (wieder) Perspektiven!“ am 05.12.2009 in Königs Wusterhausen Teilnehmer der rechten Szene aus beiden Bundesländern festgestellt.

2.7 Prognose PMK - rechts

Sollte es am 1. Mai zu einer zentralen Versammlung der bundesweiten rechten Szene in Berlin kommen, ist für den Fall von Blockaden im Rahmen von Gegenveranstaltungen in Betracht zu ziehen, dass es durch rechte Versammlungsteilnehmer als Reaktion darauf zu Straftaten kommt.

Die bereits seit Herbst von Angehörigen der rechten Szene feststellbaren Aktivitäten zum Nachteil von Objekten der linken Szene in Form von Sachbeschädigungen könnten auch im Jahr 2010 eine Fortsetzung finden.

Darüber hinaus führen die in Südafrika stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft und die damit verbundene Einrichtung von sogenannten „Public-Viewing-Bereichen“ möglicherweise zu einem Anstieg des Fallaufkommens. Die im Jahr 2010 in Deutschland stattfindende Eishockey-Weltmeisterschaft dürfte zumindest in Berlin kaum Auswirkungen auf das Fallaufkommen im Phänomenbereich PMK – rechts haben.



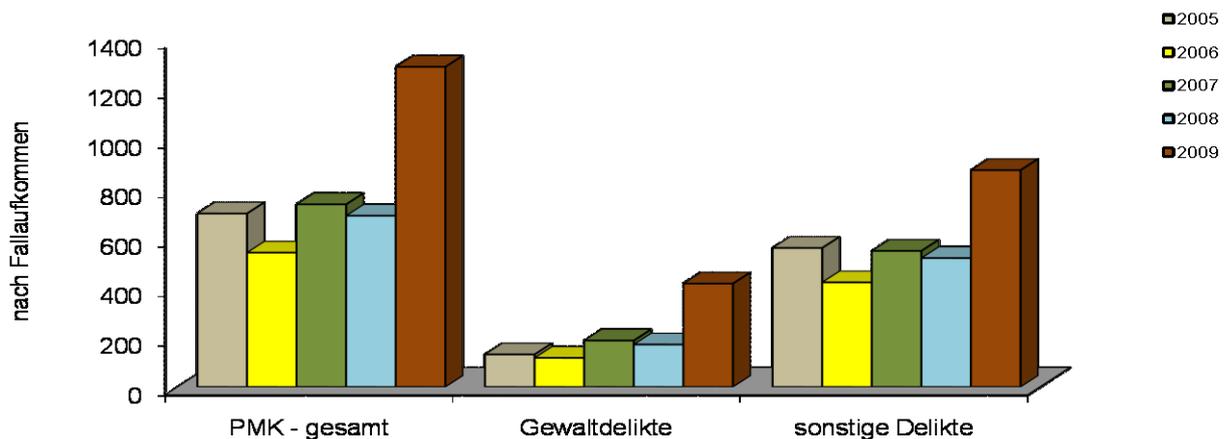
3. POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT - LINKS

3.1 Gesamtübersicht

3.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK - links

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich PMK – links insgesamt 1292 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 691 Fälle registriert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Terrorismus ³	3	2	1	0	0
☞ geklärt	0	0	0	0	0
Aufklärungsquote	0%	0%	0%	- / -	- / -
Gewaltdelikte	131	117	187	171	417
☞ geklärt	68	60	49	43	144
Aufklärungsquote	52%	51%	26%	25%	35%
Propagandadelikte	5	1	0	0	0
☞ geklärt	1	1	0	0	0
Aufklärungsquote	20%	100%	- / -	- / -	- / -
sonstige Delikte	561	422	549	520	875
☞ geklärt	263	159	98	105	266
Aufklärungsquote	47%	38%	18%	20%	30%
PMK - links	700	542	737	691	1292
☞ geklärt	332	220	147	148	410
Aufklärungsquote	47%	41%	20%	21%	32%



³ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Aufgrund des geringen Fallaufkommens bei terroristischen und Propagandadelikten wird auf die graphische Darstellung verzichtet.



1. Mai 2009 ist eine Steigerung der Politisch motivierten Kriminalität von 19 Fällen im Jahr 2008 auf 90 Fälle im Jahr 2009 erkennbar.

402 der insgesamt 1292 Fälle (31 %) wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen, wie der Kundgebung am 09.02.2009 anlässlich des 12. Europäischen Polizeikongresses oder den Gegendemonstrationen zum Aufzug der rechten Szene „Vom Nationalen Widerstand zum Nationalen Angriff – Solidarität mit den Opfern linker Gewalt“ am 10.10.2009 begangen. Dabei kam es zu Übergriffen auf eingesetzte Polizeibeamte (198 Fälle) oder zu Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (171 Fälle).

Bei den **Gewaltdelikten** im Phänomenbereich PMK – links ist vor allem bei den Brandstiftungen ein Anstieg von 78 Fällen im Jahr 2008 auf 161 Fälle im Jahr 2009 (Anstieg um 83 Fälle) zu verzeichnen. Diese Brandstiftungen richteten sich im Berichtsjahr in 141 Fällen gegen Fahrzeuge (2008: 72 Fälle, Anstieg um 69 Fälle).

Im Jahr 2009 wurden sechs versuchte Tötungsdelikte registriert (2008: ein Fall), die sich in fünf Fällen (davon vier Fälle im Rahmen der Ausschreitungen am 1. Mai 2009) gegen Polizeibeamte⁴ richteten. In einem Fall waren Angehörige der Bundeswehr betroffen.

Die höchste Steigerung in den Themenfelder bzw. Unterthemen im Phänomenbereich PMK – links ist im Themenfeld „Innen-/Sicherheitspolitik“, Unterthema „Sicherheitsbehörden“, festzustellen. Hier ist ein Anstieg der Fallzahlen um 156 Fälle zu verzeichnen. Insbesondere in den Deliktsbereichen Landfriedensbruch (2009: 86 Fälle, 2008: 21 Fälle), Körperverletzung (2009: 57 Fälle, 2008: 18 Fälle) und Widerstandsdelikte (2009: 44 Fälle, 2008: acht Fälle) ist ein gestiegenes Fallaufkommen zu verzeichnen.

Auch im Themenfeld „Sozialpolitik“, Unterthema „Umstrukturierung“ ist ein Anstieg der Gewaltdelikte von 49 Fällen im Jahr 2008 auf 81 Fälle im Jahr 2009 zu verzeichnen. Demonstrationen, wie „wba – wir bleiben alle“ am 14.03.2009 im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg, die versuchte Neubesetzung des ungenutzten Ge-

⁴ In einem Fall wurde eine weibliche Zivilperson geschädigt. Zielrichtung war jedoch ein Angriff auf eingesetzte Polizeibeamte. Siehe dazu auch die Einzelfallschilderung unter Punkt 3.3 auf Seite 35.



bäudes Michaelkirchplatz 4 (Verwaltungsbezirk Mitte) am 12.06.2009 oder die Räumung des besetzten Hauses Brunnenstr. 183 (Verwaltungsbezirk Mitte) am 24.11.2009 führten zu teilweise gewalttätigen Ausschreitungen durch Angehörige oder Sympathisanten der linksextremen Szene. Im Jahr 2009 wurden 48 Brandstiftungen registriert, die dem Unterthema „Umstrukturierung“ zuzuordnen waren (2008: 26 Fälle).

Die Gewaltdelikte im Themenfeld „Konfrontation/Politische Einstellung“, Unterthema „gegen rechts“ sind ebenfalls von 47 Fällen im Jahr 2008 auf 61 Fälle im Jahr 2009 gestiegen. Vor allem bei den Widerstandsdelikten ist ein Anstieg von einem Fall im Jahr 2008 auf neun Fälle im Jahr 2009 zu verzeichnen. Hintergrund sind die Demonstrationen der rechten Szene am 01.05.2009 und am 10.10.2009, bei denen Gegendemonstranten durch körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte versuchten, Absperrmaßnahmen zu durchbrechen, um die Demonstrationsteilnehmer der rechten Szene zu erreichen.

Der Fallzahlenanstieg bei den **sonstigen Delikten** spiegelt sich in allen wichtigen Themenfeldern bzw. Unterthemen wider.

Im Themenfeld „Innen- und Sicherheitspolitik“, Unterthema „Sicherheitsbehörden“ führte vor allem ein Anstieg der Sachbeschädigungen von 40 Fällen im Jahr 2008 auf 74 Fälle im Jahr 2009 zu einem deutlich höheren Fallaufkommen.

Im Themenfeld „Sozialpolitik“, Unterthema „Bildungspolitik“ ist ein Anstieg von sieben Fällen im Jahr 2008 auf 49 Fälle im Jahr 2009 zu verzeichnen. Auch hier ist die höchste Steigerung bei den Sachbeschädigungen von fünf Fällen im Jahr 2008 auf 22 Fälle im Jahr 2009 zu verzeichnen. So wurden im Jahr 2009 u. a. mehrere Banken unter dem Motto „Geld für Bildung statt für Banken“ mit Farbe beworfen oder mit entsprechenden Schriftzügen beschmiert. Themenbezogene Demonstrationen führten zu einem Anstieg der Verstöße gegen das Versammlungsgesetz von einem Fall im Jahr 2008 auf 21 Fälle im Jahr 2009.

Auch bei den sonstigen Delikten führten hauptsächlich die beiden Demonstrationen der rechten Szene am 01.05.2009 und am 10.10.2009 zu einem Anstieg der Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (2009: 34 Fälle, 2008: vier Fälle). Personen des



linksextremen Spektrums nahmen teilweise vermummt an den Gegendemonstrationen teil.

Angriffe auf das Gebäude „Carloft“ (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) oder Farbschmierereien mit Bezug zu linken Szeneobjekten führten im Themenfeld „Sozialpolitik“, Unterthema „Umstrukturierung“ zu einem erhöhten Fallaufkommen bei den Sachbeschädigungen (2009: 112 Fälle, 2008: 82 Fälle,). Die Verstöße gegen das Versammlungsgesetz stiegen von 12 Fällen im Jahr 2008 auf 21 Fälle im Jahr 2009.

3.1.3 Fallzahlen PMK - links nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		sonstige Delikte		PMK - links	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Charlottenburg-Wilmersdorf	5	8	21	24	26	32
Friedrichshain-Kreuzberg	67	163	151	262	218	425
Lichtenberg	20	17	58	38	78	55
Marzahn-Hellersdorf	1	1	5	8	6	9
Mitte	39	91	127	221	166	312
Neukölln	9	32	38	83	47	115
Pankow	22	44	37	72	59	116
Reinickendorf	1	5	10	6	11	11
Spandau	0	0	2	4	2	4
Steglitz-Zehlendorf	1	4	17	23	18	27
Tempelhof-Schöneberg	0	22	28	67	28	89
Treptow-Köpenick	6	30	26	67	32	97
Berlin gesamt	171	417	520	875	691	1292

Das höchste **Gesamtaufkommen** im Jahr 2009 ist mit 425 Fällen im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg, gefolgt vom Verwaltungsbezirk Mitte mit 312 Fällen zu verzeichnen.

Vor allem in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Treptow-Köpenick, Neukölln, Pankow und Tempelhof-Schöneberg ist ein Anstieg der **Gewaltdelikte** zu verzeichnen.

Ursächlich für den Anstieg der Gewaltdelikte im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg um 96 Fälle ist der Anstieg bei den Brandstiftungen (2009: 54 Fälle, 2008:



32 Fälle), den Körperverletzungen (2009: 30 Fälle, 2008: 13 Fälle) und den Landfriedensbrüchen (2009: 58 Fälle, 2008: 13 Fälle). Im Jahr 2009 wurden 61 Gewaltdelikte (37 %) im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen, 2008 waren es 17 Fälle (25 %).

Im Verwaltungsbezirk Mitte ist ein Anstieg der Gewaltdelikte um 52 Fälle zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Brandstiftungen (2009: 32 Fälle, 2008: 12 Fälle) und der Körperverletzungen (2009: 22 Fälle, 2008: neun Fälle). Im Jahr 2009 wurden 59 Gewaltdelikte (54 %) im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen, im Jahr 2008 waren es 20 Fälle (51 %).

Im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick ist ein Anstieg des Fallaufkommens um 24 Fälle zu verzeichnen. 14 Fälle waren dem Unterthema „gegen rechts“ zuzuordnen (2008: drei Fälle). Ursächlich für den Anstieg waren Gegendemonstrationen zu einem von der NPD am 01.05.2009 im Ortsteil Köpenick durchgeführten Aufzug. Zwei Fälle richteten sich gegen das im Ortsteil Niederschöneweide befindliche Szenelokal „Zum Henker“.

Der Anstieg der Gewaltdelikte im Verwaltungsbezirk Neukölln um 23 Fälle ist u. a. auf einen Anstieg der Körperverletzungen (2009: 12 Fälle, 2008: ein Fall), der Landfriedensbrüche (2009: acht Fälle, 2008: zwei Fälle) und der Widerstandsdelikte (2009: fünf Fälle, 2008: kein Fall) zurückzuführen. Ursächlich dafür sind überwiegend die Ausschreitungen anlässlich der sogenannten „actionweeks“ und der zum Abschluss der „actionweeks“ geplanten Besetzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof-Schöneberg). Mit diesen Ereignissen ist auch der Fallzahlenanstieg im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg um 22 Fälle zu erklären.

Im Verwaltungsbezirk Pankow sind die Gewaltdelikte um 22 Fälle angestiegen. Dies betrifft sowohl die Brandstiftungen (2009: 26 Fälle, 2008: 18 Fälle), als auch die Körperverletzungen (2009: sechs Fälle, 2008: drei Fälle), Landfriedensbrüche (2009: sechs Fälle, 2008: ein Fall) und Widerstandsdelikte (2009: fünf Fälle, 2008: kein Fall). Zehn Fälle im Jahr 2009 (23 %) wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen, im Jahr 2008 war es ein Fall (5 %).

Auch die **sonstigen Delikte** sind in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg und Pankow



angestiegen. 232 der insgesamt 875 sonstigen Delikte im Jahr 2009 (26 %) wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen.

Der Fallzahlenanstieg um 111 Fälle im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist hauptsächlich auf die vermehrt begangenen Sachbeschädigungen (2009: 164 Fälle, 2008: 98 Fälle) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (2009: 67 Fälle, 2008: 13 Fälle) zurückzuführen.

Der Anstieg des Fallaufkommens im Verwaltungsbezirk Mitte um 94 Fälle ist ebenfalls auf das gestiegene Aufkommen in den Deliktsbereichen Sachbeschädigung (2009: 101 Fälle, 2008: 65 Fälle) und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (2009: 80 Fälle, 2008: 33 Fälle) zurückzuführen. 86 der insgesamt 221 sonstigen Delikte im Jahr 2009 (39 %) wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen. Im Jahr 2008 waren es 43 der insgesamt 127 sonstigen Delikte (34 %).

Im Verwaltungsbezirk Neukölln ist auch bei den sonstigen Delikten für den Anstieg des Fallaufkommens um 45 Fälle die geplante Besetzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof zum Abschluss der sogenannten „actionweeks“ verantwortlich. Gleiches gilt für den Anstieg des Fallaufkommens im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg um 39 Fälle.

Wie in fast allen Verwaltungsbezirken mit Fallzahlenanstieg ist auch im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick (Anstieg um 41 Fälle) das erhöhte Aufkommen bei den Sachbeschädigungen (2009: 45 Fälle, 2008: 22 Fälle) und den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (2009: 15 Fälle, 2008: ein Fall) ursächlich für das erhöhte Fallaufkommen.

Im Verwaltungsbezirk Pankow ist der Fallzahlenanstieg um 35 Fälle überwiegend auf die vermehrte Begehung von Sachbeschädigungen (2009: 53 Fälle, 2008: 23 Fälle) zurückzuführen.



3.2 Tatverdächtige PMK – links

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	174	123	185	87	235
↪ männlich	140	110	142	68	207
↪ weiblich	34	13	43	19	28
Propagandadelikte	1	1	0	0	0
↪ männlich	1	1	0	0	0
↪ weiblich	0	0	0	0	0
sonstige Delikte	528	301	206	243	626
↪ männlich	367	228	147	168	471
↪ weiblich	161	73	59	75	155
PMK - links	703	425	391	330	861
↪ männlich	508	339	289	236	678
↪ weiblich	195	86	102	94	183

Zu den Fällen der Deliktsqualität Terrorismus in den Jahren 2005, 2006 und 2007 sind keine Tatverdächtigen bekannt geworden.

Im Berichtsjahr sind die meisten Tatverdächtigen der letzten fünf Jahre bekannt geworden. Trotzdem konnten nur 32 % der Fälle aufgeklärt werden. Ursache dafür ist, dass vor allem bei den Brandstiftungen sowie bei den Sachbeschädigungen überwiegend keine Täter ermittelt werden konnten. Im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen werden die Fälle meistens von mehreren Tatverdächtigen begangen. Die Gruppenstruktur in Bezug auf die geklärten Fälle stellt sich wie folgt dar:

	Gewaltdelikte		sonstige Delikte		PMK - links	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Einzeltäter	16	70	61	194	77	264
2 Täter	8	11	14	19	22	30
3 - 5 Täter	3	7	10	20	13	27
6 - 10 Täter	0	0	9	13	9	13
über 10 Täter	16	56	10	16	26	72
unbekannt	0	0	1	4	1	4
Anzahl geklärt	43	144	105	266	148	410

Für das Berichtsjahr und den vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurden keine Propagandadelikte im Phänomenbereich PMK – links registriert.



3.3 Herausragende Ereignisse PMK - links

Ermittlungsverfahren

Versuchter Mord

Die Geschädigte befand sich am 01.05.2009 anlässlich der Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Kottbusser Tor (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg). Die beiden männlichen Täter befanden sich hinter ihr. Ein Täter entzündete den vom anderen Täter gehaltenen Molotow-Cocktail, den dieser dann in Richtung der eingesetzten Polizeibeamten warf. Dabei trat ein Teil der brennenden Flüssigkeit aus und ergoss sich über die Geschädigte, deren Kleidung sofort Feuer fing. Dadurch erlitt sie Brandverletzungen im unteren Rückenbereich. Zwei Personen konnten anschließend festgenommen werden.

In erster Instanz hat eine Jugendkammer des Landgerichts Berlin am 28.01.2010 die 17 und 20 Jahre alten Angeklagten vom Tatvorwurf des versuchten Mordes in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz freigesprochen, da das Gericht nicht zweifelsfrei überzeugt war, dass es sich bei den Angeklagten um die Täter handelt.

Versuchter Mord

Am 01.05.2009 beobachteten Zivilbeamte in der Adalbertstraße (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) im Rahmen der Ausschreitungen anlässlich des 1. Mai die beiden männlichen Beschuldigten und drei weitere männliche Personen. Ein Beschuldigter hielt einen Rucksack und der andere einen Molotow-Cocktail in der Hand. Beide hockten auf dem Boden und wurden von den drei unbekanntenen Personen verdeckt. Als mehrere Polizeibeamte vorbei liefen, zündete einer der beiden Beschuldigten die Lunte des Molotow-Cocktails an und warf ihn in Richtung der Beamten. Im Flug löste sich die Lunte und fiel auf die Straße, so dass die Flasche ohne Feuer weiterflog und am Boden zerschellte. Die beiden Beschuldigten wurden festgenommen. Das Landgericht Berlin hat am 16.10.2009 gegen beide Angeklagte wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung sowie Verstoßes gegen das Waffengesetz u. a. Jugendstrafen von 3 Jahren und 3 Monaten ver-



hängt. Da das Urteil erst nach Statistikschluss bekannt wurde, konnte diese gerichtliche Entscheidung nicht in die Fallzahlen einfließen.

Versuchter Mord

Am 10.09.2009 bemerkte ein unbekannt gebliebener Radfahrer in der Spandauer Straße (Verwaltungsbezirk Mitte) ein Kleinf Feuer auf dem Hinterreifen eines Reisebusses der Bundeswehr und verständigte die im Bus sitzenden Busfahrer, die den Bus daraufhin unverletzt verließen. Auf dem Reifen brannte eine dort abgelegte zusammengesmolzene Plastiktüte. Die Tüte wurde kriminaltechnisch untersucht, es waren keine Reste auf Brandbeschleuniger und keine daktyloskopisch auswertbaren Spuren vorhanden. Am 11.09.2009 wurde auf der Internetseite <http://directactionde.blogspot.com> ein Bekennerschreiben zu dieser Tat veröffentlicht.

Besonders schwere Brandstiftung

Am 04.12.2009 stellten zwei Sicherheitsmitarbeiter durch das Auslösen des Alarms der Videoüberwachung fest, dass auf ein Gebäude des Bundeskriminalamtes in Berlin (Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick) ein Brandanschlag ausgeübt wurde. Des Weiteren entdeckten sie zwei Kleinpflastersteine, welche gegen die Hauswand geworfen wurden und braune Farbe die an Fensterscheiben haftete. Im Nahbereich wurden sogenannte „Krähenfüße“ aufgefunden. Die Verantwortung zu dem Brandanschlag wurde von der Gruppierung „autonome gruppe alexandros grigoropoulos“ übernommen, die in ihrem Selbstbeichtigungsschreiben die Tat als Aktion „zur Erinnerung an den vor einem Jahr in Athen erschossenen Jugendlichen und als Antwort auf die anhaltende Repression sowie Räumung der Brunnenstr. 183“ bezeichnete.

Walpurgisnacht / 1. Mai

Im Berichtsjahr 2009 sind trotz der zentralen Veranstaltung auf dem Boxhagener Platz nur wenige politisch motivierte Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Walpurgisnacht registriert worden (2009: zehn Gewaltdelikte, 2008: ein Gewaltdelikt).

In Bezug auf die Veranstaltungen am 1. Mai 2009 war ein starkes Engagement seitens der linken Szene festzustellen, um eine „Repolitisierung“ des „Kampftages“ zu



erreichen. In Thematisierungen und Mobilisierungen wurde zum Teil ein hohes Maß an verbaler Aggressivität an den Tag gelegt. Bei der sogenannten „18-Uhr-Demo“ am 1. Mai 2009 kam es bereits unmittelbar nach Abmarsch des Aufzuges zu ersten Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte. Diese Gewalttätigkeiten setzten sich in den anschließenden Abendstunden in Kreuzberg fort. Im Berichtsjahr sind vier versuchte Tötungsdelikte festzustellen, bei denen die Täter Brandsätze auf Personen warfen.

Obwohl teilweise von Angehörigen der linken Szene vor allem im Rahmen der sogenannten „18-Uhr-Demo“ initiiert, waren die Ausschreitungen in den Abend- und Nachtstunden überwiegend nicht von einer politischen Motivation der Täter geprägt. Unter den Tätern befanden sich u. a. ein Beamter der Bundespolizei und ein junger Mann, der angab, ein Lehramtsstudium anzustreben.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen

Ein thematischer Schwerpunkt der linken Szene ist seit Jahren der „Antifaschismus“. Der „Kampf gegen Rechts“ stellt hierbei den kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der heterogenen und zum Teil stark verfeindeten linken Szene dar. In diesem Zusammenhang werden von der linken Szene regelmäßig Straftaten (sog. „Polarisationsstraftaten“) verübt, bei denen (vermeintlich) der rechten Szene zugehörige Personen oder Institutionen Ziel von Übergriffen werden. Hierbei bedient sich die linke Szene verschiedener Aktionsformen, zum Beispiel der „Bekanntmachung“ von Personen der rechten Szene, anlassbezogener Demonstrationen und direkter Übergriffe auf Personen der rechten Szene. Auch im Jahr 2009 kam es zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen an Einrichtungen der rechten Szene.

Gentrifikation / Freiräume

Die Thematik um den „Aufbau und Erhalt autonomer Freiräume“ nimmt in der linken Szene seit Jahren einen besonderen Stellenwert ein, wie der teilweise hohe Mobilisierungsgrad bei demonstrativen Aktionen zeigt. Die Kritik an der Aufwertung (Gentrifikation⁵) innenstadtnaher Wohngebiete stellt im Berichtsjahr ein weiteres dominierendes Motiv für Straftaten dar. Gentrifikation wird als stadtsoziologische Entwicklung

⁵ Veredelung (von Stadtteilen)



verstanden, bei der durch hochwertige Sanierung die Verdrängung von sozial schwächeren Personen mit geringem Einkommen aus ihrem angestammten Kiez zugunsten einer einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppe erfolgt. Damit einher geht die Befürchtung des Abdrängens der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten an die Ränder der Stadt und die Bildung von Ghettos zu Gunsten einer einkommensstarken, finanzkräftigen Schicht.

Beide Themen wurden immer wieder aufgegriffen und als Begründung für Straftaten oder unfriedliche Aktionen anlässlich von Demonstrationen oder ähnlichen Veranstaltungen herangezogen. Neben den räumungsbedrohten Objekten der linken Szene (u. a. „Rigaer94“, „Liebig 14“, Reichenberger Str. 114, etc.) waren im Jahr 2009 vor allem in den Kiezbereichen Friedrichshain und Kreuzberg und in direkter Peripherie entstehende hochwertige Wohnhäuser im Fokus der linken Szene. Diese wurden mit Steinen, Farbeiern und in Brand setzen von Baumaterialien angegriffen mit dem Ziel, weitere Investoren abzuschrecken.

Eine Stadtteilpolitik, die als Förderung der Gentrifikation verstanden werden kann, würde speziell in den Bereichen Kreuzberg und Friedrichshain massive Proteste und Widerstand zur Folge haben.

Globalisierung / G8-Gipfel 2009

Vom 08.07. bis 10.07.2009 fand in L'Aquila/ Italien, der ca. 120 km nordöstlich von Rom gelegenen Hauptstadt der Region Abruzzen, das Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8) statt.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel auf italienischem Staatsgebiet waren überwiegend durch Personen aus der Region sowie regional agierende Gruppierungen geprägt. Deutsche Teilnehmer konnten nur vereinzelt und nicht im Zusammenhang mit Straftaten festgestellt werden.

In Berlin beteiligten sich am Aufzug „Gegen G8, gegen Krise“ am 04.07.2009 ca. 350 Personen. Der Teilnehmerkreis bestand zu etwa 70 Prozent aus Globalisierungsgegnern und zu etwa 30 Prozent aus Personen der Antifa-Szene. Der Aufzug mit zwei Zwischenkundgebungen führte vom Oranienplatz im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg zum Pariser Platz im Verwaltungsbezirk Mitte. Als die Aufzugs-



teilnehmer das Berliner Rathaus passierten, kam es zu Farbschmierereien (Schriftzüge „Fight G8“, Anarchiezeichen sowie „SMASH G8“) von zwei Tätern am Berliner Rathaus. Bei den Festnahmen solidarisierten sich die Aufzugsteilnehmer und griffen die Einsatzkräfte mit körperlicher Gewalt an.

Staatliche Repression

Die Solidarisierung der linken Szene zum Thema „staatliche Repression“ ist groß. Unter staatlicher Repression wird vor allem die Durchführung strafprozessualer Maßnahmen, wie Observationen, Durchsuchungen oder Festnahmen, verstanden. Solidarisierungsaktionen erfolgen nicht nur aufgrund von Exekutivmaßnahmen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch aufgrund von Geschehnissen im Ausland.

In verstärktem Maße wurden im Berichtsjahr anlassbezogene Demonstrationen und Aktionen durchgeführt sowie Straftaten (z. B. Sachbeschädigungen oder Brandanschläge auf Fahrzeuge) begangen.

Im Zielspektrum der linken Szene stehen im Zusammenhang mit dem Thema „staatliche Repression“

- Einrichtungen der Sicherheitsbehörden
- Einrichtungen der Justiz
- Sicherheitsfirmen
- Firmen und Institutionen, die logistisch oder anderweitig im Bereich Sicherheitstechnik tätig sind oder in einen entsprechenden Zusammenhang gebracht werden.

Seit dem IV. Quartal des Jahres 2009 ist zu beobachten, dass derartige Objekte vermehrt mit Gaskartuschen angegriffen werden. Die Verwendung dieses Tatmittels ist auch in den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 festzustellen. In den im Jahr 2009 hierzu verfassten Selbstbeziehungsschreiben wurden die Themenzusammenhänge „Aktion für die Freiheit der 1. Mai Gefangenen“, „Vergeltung für durch Polizisten getötete Personen“ sowie der „Polizeikongress und die dort unterstützenden Unternehmen“ genannt. Insbesondere sind hier Unternehmen wie Siemens oder



SAP gemeint, welche die „europäische Sicherheitsstruktur“ durch Software und andere Technologien unterstützen.

3.4 Parteien/Organisationen/Vereine/Gruppierungen PMK – links

„militante gruppe“ (mg)

Am 16.10.2009 endete vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin mit der Urteilsverkündung der Prozess gegen die Mitglieder der kriminellen Vereinigung „militante gruppe“ (mg). Die drei Angeklagten wurden wegen versuchter Brandstiftung sowie der Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung „militante gruppe“ zu Freiheitsstrafen von 3 Jahren sowie 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Alle drei Personen befinden sich unter Auflagen auf freiem Fuß.

Im Vorfeld der Urteilsverkündung kam es am 14.10.2009 zu einer Sachbeschädigung an der Nebenwache des Polizeiabschnitts 64 (Verwaltungsbezirk Lichtenberg). Unbekannte Täter beschädigten mehrere Fensterscheiben und legten vor dem Gebäude zwei Rauchkörper ab. Am Tatort wurden Krähenfüße ausgelegt.

Zu der Straftat ging bei der „Berliner Zeitung“ per Email ein Selbstbeziehungsschreiben ein, in dem sich die Täter mit allen politischen Gefangenen, den derzeit inhaftierten Kfz-Brandstiftern sowie den Angeklagten im „mg-Prozess“ solidarisieren.

In der Nacht vom 16. zum 17.10.2009 kam es in den Verwaltungsbezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zu zwei Brandanschlägen auf Fahrzeuge der Firma Imtech GmbH. In einem Selbstbeziehungsschreiben, welches in der Szenezeitschrift „Interim“, Nr. 699 vom 06.11.2009, veröffentlicht wurde, bekennen sich „Autonome Gruppen“ zu diesen Straftaten. In dem Schreiben werden die Brandanschläge im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im Prozess gegen die „militante gruppe“ gebracht. Außerdem wird der Firma Imtech GmbH vorgeworfen, an der Ausrüstung von Kriegsschiffen mitzuwirken.

Am 07.07.2009 erschien die Zeitschrift „radikal“, Nummer 161. In der Ausgabe war u. a. ein Interview mit den Mitgliedern der „militanten gruppe“ abgedruckt, in dem sie ihre Auflösung mitteilten. Dieser Artikel war die erste Wortmeldung der „militanten gruppe“ seit dem 22.05.2007 (Selbstbeziehungsschreiben zu einem Brandan-



schlag auf Fahrzeuge des Polizeiabschnittes 23). Die Selbstauflösung wurde mit internen Auseinandersetzungen und den Worten, man sei „aus dem Stadium des quasi autistischen Dahinwurschtelns nie hinausgekommen“ begründet. Bezüglich der Auflösung wurde weiterhin erklärt, dass die „militante gruppe“ in der Vergangenheit zu oft als Rechtfertigung für Maßnahmen gegen Personen herangezogen worden sei, die mit der Gruppierung nichts zu tun gehabt hätten. Davon seien insbesondere auch die drei Angeklagten im laufenden Prozess betroffen. In dem Artikel wurde ebenso dementiert, dass es sich bei dem versuchten Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge am 31.07.2007 in Brandenburg/Havel um einen von der „militante gruppe“ geplanten und durchgeführten Anschlag gehandelt hat.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass das veröffentlichte Interview einen Versuch darstellt, den Tatvorwurf wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gegen die Angeklagten in dem seit 2008 laufenden Prozess zu entkräften.

„Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ)

Am Tatort einer Brandstiftung (Tatzeit im Februar 2010) wurde eine Ausgabe der Druckschrift „radikal“, Nr. 162, aufgefunden, die ein Selbstbeziehungsschreiben einer bis dahin noch nicht in Erscheinung getretenen Gruppierung „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) zu einem Brandanschlag auf die Agentur für Arbeit im Verwaltungsbezirk Mitte am 30.12.2009 im Begründungszusammenhang Antikapitalismus/ Sozialabbau beinhaltete. Am Tatort wurde der Schriftzug „RAZ“ hinterlassen, und die Tat wurde unter Verwendung von Gaskartuschen begangen. Ein weiteres Selbstbeziehungsschreiben der RAZ ging am 05.02.2010 beim Berliner Verlag ein.

3.5 Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg / länderübergreifende Kriminalitätsphänomene PMK – links

Aufgrund der engen Zusammenarbeit verschiedener Gruppierungen der linken Szene aus Berlin und Brandenburg wurden im Berichtsjahr bei demonstrativen Aktionen im Land Brandenburg häufig Angehörige der Berliner linken Szene festgestellt.



3.6 Prognose

Die zunehmenden Aktivitäten und die hohe Gewaltbereitschaft bei den „Links-Rechts-Auseinandersetzungen“ sowie die gezielte Aufklärung von Personen aus dem rechten Spektrum verdeutlichen, dass auch in Zukunft ein Hauptaugenmerk der linken Szene in der Bekämpfung rechter Strukturen liegen wird. Daneben sind die beiden Themen „staatliche Repression“ und „Gentrifikation / Freiräume“ die derzeitigen Schwerpunkte linksextremistischer Aktionen. Auch zukünftig werden linksextremistisch agierende Gruppierungen in Abhängigkeit von tagespolitischen und aktuellen Ereignissen in diesen Themenzusammenhängen Straftaten – insbesondere in Form von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen – verüben. Im Zielspektrum stehen hierbei weiterhin vor allem Einrichtungen der Sicherheits- und Justizbehörden, Institutionen der Wirtschaft, Sicherheitsfirmen sowie Firmen und Institutionen, die logistisch oder anderweitig im Bereich Sicherheitstechnik tätig sind oder durch die linke Szene in einen entsprechenden Zusammenhang gebracht werden.

Aktionen und Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen kann, sind jederzeit in Betracht zu ziehen.



4. Sonderauswertung „Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge“

Im Jahr 2009 wurden in Berlin 145 vermutlich politisch motivierte Brandanschläge mit insgesamt 221 angegriffenen Kraftfahrzeugen und 74 in Mitleidenschaft gezogenen Fahrzeugen registriert. Diese Brandanschläge wurden insbesondere aufgrund der Vorgehensweise der Täter (modi operandi), der Art der ausgesuchten Fahrzeuge, vermuteter Begründungszusammenhänge und aufgrund von 27 eingegangenen Selbstbeziehungsschreiben im Berichtsjahr in 141 Fällen der Politisch motivierten Kriminalität im Phänomenbereich PMK - links, in einem Fall dem Phänomenbereich PMK - rechts und in drei Fällen dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität zugeordnet. Die 27 Selbstbezeichnungen im Jahr 2009 zu 32 Brandanschlägen mit 61 angegriffenen Fahrzeugen bezogen sich in den Begründungszusammenhängen auf Antimilitarismus, Antirassismus, AntiAtom, Gentrifikation, Antikapitalismus und Repression. Im Jahr 2008 gingen 11 Selbstbezeichnungen zu 17 Brandanschlägen mit 35 angegriffenen Fahrzeugen ein, die sich auf die gleichen Begründungszusammenhänge bezogen.

Die Zahlen stellen eine Steigerung zum Jahr 2008 (73 Fälle mit 104 direkt angegriffenen Fahrzeugen) und zum bisherigen Höchststand im Jahr 2007 (113 Fälle mit 129 direkt angegriffenen Fahrzeugen) dar.

Von den 221 direkt angezündeten Fahrzeugen wurden 96 als hochwertige Fahrzeuge eingestuft.⁶

Bei den am häufigsten angegriffenen Fahrzeugmarken handelt es sich um Daimler-Benz (54 Fahrzeuge), BMW (32 Fahrzeuge), VW (26 Fahrzeuge) und Audi (20 Fahrzeuge). Eine Statistik zu angegriffenen Marken ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, da nur ein Teil der Brandanschläge ihre Motivation in dem „Symbol“ bzw. der „Schädigung“ der Marke haben. Die Taten richten sich vielmehr gegen hochwertige Fahrzeuge, um vermeintlich „Reiche“ zu schädigen („Antikapitalismus“).

Andere Taten richten sich in ihrer Motivation gegen den Halter, bspw. Personen der rechten Szene, Wirtschaftsunternehmen oder Institutionen. Hierbei spielt die Marke

⁶ Fahrzeuge mit einem Zeitwert von mindestens 30.000 Euro (in Anlehnung an die BKA-Festlegung zum Pkw-Sachwertdelikt).



bzw. der Wert des Fahrzeuges keine Rolle, weshalb auch Fahrzeuge der Mittelklasse sowie Kleinwagen betroffen sind.

Von den im Jahr 2009 direkt angegriffenen 221 Fahrzeugen waren hauptsächlich Privatpersonen (96 Fahrzeuge) und kleinere Firmen (61 Fahrzeuge) betroffen. Zielgerichtete Angriffe auf Fahrzeuge von Firmen mit internationaler Bedeutung betrafen insbesondere DHL (16 Fahrzeuge), Deutsche Bahn (13 Fahrzeuge) und Siemens (sieben Fahrzeuge). Ferner wurden Fahrzeuge der Polizei/Polizeigewerkschaft (sieben Fahrzeuge) und der Bundeswehr (fünf Fahrzeuge) in Brand gesetzt.

Die stärkste örtliche Belastung ist in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain-Kreuzberg (76 Fahrzeuge), Mitte (41 Fahrzeuge) und Pankow (28 Fahrzeuge) zu verzeichnen.

Die meisten der 145 Taten ereigneten sich in den Monaten April und Mai 2009 (39 Fälle), aber auch in den Monaten Januar (17 Fälle), Juni (16 Fälle) und Oktober (15 Fälle) war eine hohe Belastung feststellbar.

Allein im Zeitraum der sogenannten „actionweeks“ der linken Szene vom 06.06. – 21.06.2009 wurden 15 vermutlich politisch motivierte Brandanschläge auf insgesamt 35 Fahrzeuge registriert, die sich auf die Verwaltungsbezirke Friedrichshain-Kreuzberg mit vier Fällen, Mitte, Neukölln und Treptow-Köpenick mit jeweils zwei Fällen sowie Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg mit jeweils einem Fall verteilten.

Zu den begangenen, vermutlich politisch motivierten, Brandanschlägen im Jahr 2009 konnten acht tatverdächtige Personen ermittelt werden (sieben Festnahmen vor Ort, eine spätere Ermittlung).

Die Bekämpfung des Phänomens Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge ist durch verschiedene Faktoren, wie die Vielzahl der Fahrzeuge auf den Straßen Berlins, die große Anzahl an Tatobjekten und die Möglichkeit der sekundschnellen Tatausführung erschwert. Darüber hinaus bestehen in der Regel keine Vorbeziehungen zwischen den Tätern und den Geschädigten, die Ermittlungsansätze bieten könnten. Die Begehungsweise beim Inbrandsetzen von Fahrzeugen ist einfach und sehr schnell.



Bei sichtbarem Brandausbruch haben sich die Täter meistens bereits vom Tatort entfernt. Es gibt in der Regel keine Zeugen der Tat.

Da die Begehungsformen bei Kfz-Inbrandsetzungen - insbesondere die Handhabung von Grillanzündern in Verbindung mit dem Angriffsziel Nobelkarossen - in den Medien thematisiert werden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine nicht zu bestimmende Anzahl von Brandanschlägen durch sogenannte „Trittbrettfahrer“ als reine Vandalismustat verübt wurden.

Herausragende Ereignisse

In der Nacht zum 11.06.2009 setzten unbekannte Täter in der Schöneberger Straße (Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg) sieben Transportfahrzeuge der Firma DHL in Brand. Zu dieser Straftat bekannte sich am 12.06.2009 eine anonyme Gruppierung / Einzelperson, die den Brandanschlag als Beitrag der Wba-Aktionstage⁷ zur DHL-Kampagne mit der Ansage „Krieg dem Kriege“ bezeichnete.

Nach dem Brandanschlag auf zehn Fahrzeuge der Firma Bärenmenü bzw. Menütaxi auf dem Firmengelände in der Sewanstraße (Verwaltungsbezirk Lichtenberg) in der Nacht zum 17.06.2009 wurde auf einer Internetseite eine anonyme Selbstbezeichnung eingestellt, die auf das Profitieren der Firmen Bärenmenü und SODEXHO bei der Versorgung von „Knästen, Abschiebelagern und Überwachungsdienstleistungen“ hinweist.

Zu dem Brandanschlag auf zwei Fahrzeuge des Ordnungsamtes Reinickendorf am Lübener Weg (Verwaltungsbezirk Reinickendorf) in der Nacht zum 19.06.2009 bekannte sich am gleichen Tag die Gruppierung „Autonome in Bewegung“. In dem Selbstbezeichnungsschreiben wird die Tat im Zusammenhang mit den sogenannten „actionweeks“ als „Aktion gegen die Repressionen des Ordnungsamtes Reinickendorf“ begründet, „dessen Maßnahmen diejenigen trifft, die leichter aus öffentlichen Freiräumen zu verdrängen sind“.

⁷ Freiraumkampagne „Wir bleiben alle“ (Wba)

**Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 5**



In der Nacht zum 17.10.2009 wurden in der Dresdener Straße (Verwaltungsbezirk Mitte) und in der Rigaer Straße (Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg) zwei Fahrzeuge der Firma Imtech GmbH in Brand gesetzt. In einem Bekenner schreiben bezeichneten „Autonome Gruppen“ die Firma Imtech GmbH als Ausrüster von Kriegsschiffen und begründeten die Taten als Antwort auf die Urteile im „mg-Prozess“.

Die Gruppierung „Bewegte Autonome“ bekannte sich zu dem Brandanschlag auf vier Fahrzeuge der Deutschen Bahn auf dem Betriebsgelände in der Kaskelstraße (Verwaltungsbezirk Lichtenberg) in der Nacht zum 23.11.2009 und begründete die Tat als Aktion gegen Unternehmen, die „von der Entwicklung und Unterstützung der Atomtechnologie profitieren“.



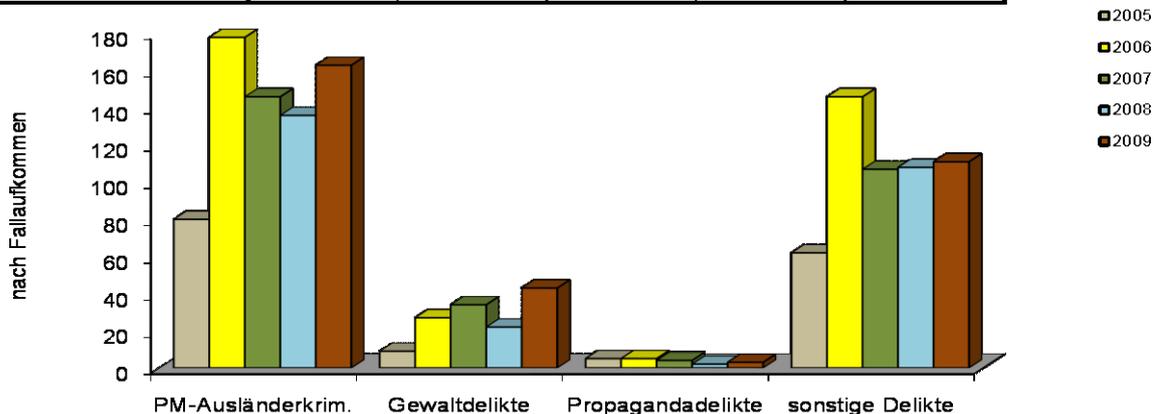
5. POLITISCH MOTIVIERTE AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

5.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

5.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK für den Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität insgesamt 163 Fälle gemeldet. Im Vorjahr wurden insgesamt 136 Fälle registriert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Terrorismus ⁸	4	0	1	4	6
↳ geklärt	3	0	1	3	6
Aufklärungsquote	75%	- / -	100%	75%	100%
Gewaltdelikte	9	27	34	22	43
↳ geklärt	5	13	22	13	25
Aufklärungsquote	56%	48%	65%	59%	58%
Propagandadelikte	5	5	4	2	3
↳ geklärt	2	0	1	1	2
Aufklärungsquote	40%	0%	25%	50%	67%
sonstige Delikte	62	146	107	108	111
↳ geklärt	44	78	61	52	73
Aufklärungsquote	71%	53%	57%	48%	66%
PM-Ausländerkrim.	80	178	146	136	163
↳ geklärt	54	91	85	69	106
Aufklärungsquote	68%	51%	58%	51%	65%



⁸ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die bis auf drei im Jahr 2005, zwei im Jahr 2008 und zwei im Jahr 2009 beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit statistisch zugeordnet wurden. Verstöße gegen die §§ 89 a 89 b und 91 StGB werden nicht als Fälle der Deliktsqualität Terrorismus gezählt. Ein Fall der Deliktsqualität Terrorismus konnte bis Statisteschluss keinem Themenfeld bzw. Unterthema eindeutig zugeordnet werden. Aufgrund des geringen Fallaufkommens wird auf die graphische Darstellung im Bereich Terrorismus verzichtet.



Solidarität“, Unterthema „PKK/Kurdenproblematik“ um 29 Fälle sanken, ist bei den Fällen im Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ ein Anstieg um sechs Fälle zu verzeichnen.

5.1.3 Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität nach Verwaltungsbezirken

	Gewaltdelikte		Propagandadelikte		sonstige Delikte		PM-Ausländerkrim.	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Charlottenburg-Wilmersdorf	1	5	0	1	15	13	16	19
Friedrichshain-Kreuzberg	6	5	0	0	25	7	31	14
Lichtenberg	0	0	0	0	0	1	0	1
Marzahn-Hellersdorf	0	0	0	0	1	1	1	1
Mitte	14	16	1	1	42	50	59	67
Neukölln	1	3	1	1	7	14	9	18
Pankow	0	1	0	0	0	2	0	3
Reinickendorf	0	0	0	0	6	4	6	4
Spandau	0	1	0	0	0	1	0	2
Steglitz-Zehlendorf	0	2	0	0	1	8	1	10
Tempelhof-Schöneberg	0	10	0	0	11	8	13	21
Treptow-Köpenick	0	0	0	0	0	2	0	3
Berlin gesamt	22	43	2	3	108	111	136	163

Aufgrund des geringen Fallaufkommens in der Deliktsart **Terrorismus** wurde auf die Aufgliederung nach Verwaltungsbezirken verzichtet, das Fallaufkommen wurde jedoch beim Gesamtaufkommen für den jeweiligen Verwaltungsbezirk berücksichtigt. Im Jahr 2008 wurden zwei Fälle im Verwaltungsbezirk Mitte und zwei Fälle im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg registriert. Im Jahr 2009 wurden zwei Fälle im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg, drei Fälle im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg und ein Fall im Verwaltungsbezirk Treptow-Köpenick registriert.

Das höchste **Gesamtaufkommen** ist im Verwaltungsbezirk Mitte zu verzeichnen. Dies resultiert vor allem aus Fällen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (31 Fälle).

Bei den **Gewaltdelikten** ist vor allem im Verwaltungsbezirk Tempelhof-Schöneberg ein Anstieg des Fallaufkommens um zehn Fälle zu verzeichnen. Ursache dafür ist die am 27.12.2009 durchgeführte Gedenkveranstaltung in der Islamischen Gemeinde



der Iraner in Berlin und Brandenburg, zu der eine Gegendemonstration zum Gedenken an drei Todesopfer im Iran stattfand. Dabei kam es zur Begehung von sieben Gewaltdelikten.

Bei den **sonstigen Delikten** ist in den Verwaltungsbezirken Mitte, Neukölln und Steglitz-Zehlendorf ein Anstieg des Fallaufkommens erkennbar.

Ursächlich für den Anstieg um acht Fälle im Verwaltungsbezirk Mitte sind u. a. die Ereignisse im Rahmen des Gaza-Konfliktes und die damit einhergehenden Demonstrationen im Januar 2009 (15 Fälle).

Im Verwaltungsbezirk Neukölln ist ein Anstieg des Fallaufkommens um sieben Fälle zu verzeichnen. Hauptursache ist der Anstieg der Verstöße gegen das Vereinsgesetz von zwei Fällen im Jahr 2008 auf sechs Fälle im Jahr 2009. Davon wurden drei Fälle während eines Aufzuges im Zusammenhang mit dem kurdischen Newroz-Fest am 20.03.2009 begangen.

Im Verwaltungsbezirk Steglitz-Zehlendorf ist das Fallaufkommen um sieben Fälle gestiegen. Ursächlich dafür ist u. a., dass sich die Botschaften der Staaten Sri Lanka und Iran im Verwaltungsbezirk Steglitz-Zehlendorf befinden und diese Anlaufstelle für themenbezogene Demonstrationen und Aktionen waren, bei denen politisch motivierte Straftaten begangen wurden.

Im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Rückgang bei den sonstigen Delikten um 18 Fälle zu verzeichnen. Vor allem das Fallaufkommen im Themenfeld „Befreiungsbewegung/Internationale Solidarität“, Unterthema „PKK/Kurdenproblematik“ sank von 18 Fällen im Jahr 2008 auf vier Fälle im Jahr 2009. Hintergrund war seinerzeit die Begehung von politisch motivierten Straftaten anlässlich der Bodenoffensive der türkischen Armee im Februar 2008.



5.2 Tatverdächtige PM-Ausländerkriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009
Terrorismus	4	0	5	5	11
↳ männlich	4	0	5	5	10
↳ weiblich	0	0	0	0	1
Gewaltdelikte	8	20	65	47	36
↳ männlich	8	17	63	45	34
↳ weiblich	0	3	2	2	2
Propagandadelikte	2	0	1	1	2
↳ männlich	2	0	1	1	1
↳ weiblich	0	0	0	0	1
sonstige Delikte	62	135	110	63	117
↳ männlich	61	121	103	55	102
↳ weiblich	1	14	7	8	15
PM-Ausländerkrim.	76	155	181	116	166
↳ männlich	75	138	172	106	147
↳ weiblich	1	17	9	10	19

75 Fälle von 163 Fällen (46 %) im Phänomenbereich PM-Ausländerkriminalität wurden im Jahr 2009 durch Einzeltäter begangen (2005: 11 von 80 Fällen, 14 %, 2006: 69 von 178 Fällen, 39 %, 2007: 59 von 146 Fällen, 40 % 2008: 45 von 135 Fällen, 33 %). Im Berichtsjahr ist die höchste Beteiligung weiblicher Tatverdächtiger zu verzeichnen.

Die Gruppenstruktur in Bezug auf die geklärten Fälle stellt sich wie folgt dar:

	Terrorismus		Gewaltdelikte		sonstige Delikte		PM-Ausl.	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Einzeltäter	2	4	1	12	41	57	45	75
2 Täter	0	1	1	3	3	7	4	11
3 - 5 Täter	1	1	1	1	5	3	7	5
6 - 10 Täter	0	0	1	1	0	2	1	3
über 10 Täter	0	0	9	8	2	4	11	12
unbekannt	0	0	0	0	1	0	1	0
Anzahl geklärt	3	6	13	25	52	73	69	106

Aufgrund der geringen Anzahl geklärter Fälle bei den Propagandadelikten wird auf die tabellarische Aufstellung verzichtet, das Fallaufkommen wurde jedoch beim Gesamtaufkommen berücksichtigt. Alle aufgeklärten Propagandadelikte (2008: ein Fall, 2009: zwei Fälle) wurden durch Einzeltäter begangen.



5.3 Herausragende Ereignisse PM-Ausländerkriminalität

Ermittlungsverfahren im Bereich PM-Ausländerkriminalität

Brandstiftung

Nachdem am 17.02.2009 auf der Internetseite „RojaCiwan“ eine Nachricht über einen Brandanschlag auf den türkischen Sportclub „Afyon Sporkulübü“ am 28.01.2009 in der Burgsdorfstraße (Verwaltungsbezirk Mitte) veröffentlicht wurde, konnten im Bereich des Eingangs und des daneben gelegenen Fensters Rußanhaftungen am Mauerwerk und an den Rollläden festgestellt werden. Auf dem Bürgersteig wurden direkt unter den Rußanhaftungen Flaschenscherben gesichert, die darauf schließen lassen, dass mindestens zwei Molotow-Cocktails geworfen wurden. Zu der Tat bekannte sich die Jugendorganisation der PKK „Apoistische Aufopferungsjugend“ und begründete diese als Reaktion auf die verhängte 11. Bunkerstrafe gegen Öcalan.

Räuberische Erpressung

Die Ehefrau des Geschädigten sri-lankischer Staatsangehörigkeit zeigte bei der Polizei an, dass am 23.10.2009 zwei Landsmänner an ihrer Wohnungstür im Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg erschienen und sie erfolglos aufforderten, eine Geldspende zu entrichten, die der Ausbildung der Armee in Sri Lanka dienen soll. Als der Geschädigte und seine Ehefrau auf dem Weg zur Arbeit waren, traten dieselben Personen an den Geschädigten heran. Zwei hinzu gekommene Männer hielten den Geschädigten fest, während die beiden ersten Personen auf den Geschädigten einschlugen und ihn erneut zu Geldspenden aufforderten. Nachdem die Ehefrau des Geschädigten um Hilfe rief, ließen die Personen vom ihm ab. Im Zuge der Ermittlungen konnte ein Täter namentlich bekannt gemacht werden.

Ermittlungsverfahren im Bereich islamistischer Terrorismus

Versuch der Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen im Ausland durch islamistische Täter

In einem vom Landeskriminalamt und der Staatsanwaltschaft Berlin geführten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geplanten Beteiligung an einem Mord durch Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion auf dem Gebiet der Russischen Fö-



deration, wurden am 07.10.2009 in Berlin 27 Wohnungen gem. §§ 102 bzw. 103 StPO durchsucht.

Die Ermittlungen richteten sich gegen eine mehrköpfige, islamistisch ausgerichtete, Gruppe. Deren Mitglieder (Deutsche, zum Teil mit Migrationshintergrund, und ausländische Staatsbürger) standen im Verdacht, sich durch Gewaltakte, wie dem oben genannten Sprengstoffanschlag, am Jihad beteiligen zu wollen sowie einen Aufenthalt in einem jihadistischen Ausbildungslager geplant zu haben.

5.4 Besondere Entwicklungen PM-Ausländerkriminalität

Besondere Entwicklungen im Bereich PM-Ausländerkriminalität

Konflikt Israel/HAMAS

Nach Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Gaza-Streifen wurden in Berlin täglich Protestveranstaltungen „Gegen den Krieg in Gaza“ bzw. „Gegen die Luftangriffe Israels“ mit anfänglich bis zu 3000 Personen durchgeführt. Die Veranstaltungen verliefen bis auf kleinere Vorkommnisse zunächst friedlich.

Im Zuge der weiteren Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern waren bei den Protestveranstaltungen eine zunehmende Emotionalisierung und steigende Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Es kam zu einer Reihe von Straftaten, überwiegend Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Widerstandshandlungen und Volksverhetzungen.

Nach Bekanntgabe der beiderseitigen Waffenstillstandsbekundungen beruhigte sich die Lage. Bereits zum Ende des 1. Quartals 2009 stellte der Konflikt für Berlin keinen Brennpunkt mehr dar.

PKK/Kurdenproblematik

Auch im Berichtsjahr waren die Haftbedingungen Abdullah Öcalans und der 10. Jahrestag seiner Festnahme immer wieder Anlass für demonstrative Aktionen. In diesem Begründungszusammenhang erfolgten u. a. ein Brandanschlag auf einen türkischen Sportklub am 28.01.2009 und zwei Brandanschläge auf Fahrzeuge am 07.02.2009 und am 28.11.2009.



Am 05.12.2009 wurde in Berlin ein Aufzug unter dem Motto „Protest gegen die Haftbedingungen Öcalans“ durchgeführt. Daran beteiligten sich ca. 250 Personen. Nach mehrmaligem Skandieren von Parolen mit PKK-Bezug und darauffolgenden Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei erfolgten mehrere Freiheitsentziehungen.

Am 15.08.2009 wurde ein Aufzug unter dem Motto: „Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf“ durchgeführt. Daran beteiligten sich bis zu 300 Personen. Nach mehrmaligem Zeigen einer Fahne der verbotenen Organisation „Koma Civalen Kurdistan“ (KCK) und darauffolgenden Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und Polizei erfolgten mehrere Freiheitsentziehungen. Ansonsten verlief die Veranstaltung friedlich.

Sri Lanka /LTTE

Der in Sri Lanka ausgetragene Konflikt mit dem erklärten Ziel der endgültigen Zerschlagung der LTTE führte im Berichtsjahr zu einer Reihe von Demonstrationen im Berliner Stadtgebiet, die teilweise zur Begehung von Straftaten genutzt wurden.

Im Rahmen des Aufzuges „Gegen die täglichen Angriffe der sri-lankischen Armee auf tamilische Zivilisten und Verbrechen gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka“ am 04.02.2009 mit 5500 Teilnehmern kam es durch unbekannte Täter zu einem Steinwurf in Richtung der Botschaft Indiens in der Tiergartenstraße (Verwaltungsbezirk Mitte).

Am 23.04.2009 kam es zu einem versuchten Brandanschlag auf die Botschaft Sri Lankas. Durch Mitarbeiter wurden zwei Molotow-Cocktails auf dem Rasen vor der Botschaft in der Niklasstraße (Verwaltungsbezirk Steglitz-Zehlendorf) aufgefunden, die keinen weiteren Schaden verursachten. Am 15.05.2009 wurden drei unbekannt gebliebene Personen beobachtet, die sich im Nahbereich der Botschaft aufhielten. Eine nähere Überprüfung der Örtlichkeit führte zum Auffinden eines weiteren Molotow-Cocktails.

Im Zusammenhang mit einem Aufzug „Krieg ohne Zeugen in Sri Lanka, Deutschland hilf uns“ am 24.04.2009 kam es vor der chinesischen Botschaft am Märkischen Ufer (Verwaltungsbezirk Mitte) zu demonstrativen Aktionen. Einzelne Personen bestiegen



den Zaun der Botschaft, und es kam zu Eierwürfen auf das Gebäude sowie zu Sitzblockaden. Im weiteren Verlauf des Aufzuges mit bis zu 2800 Teilnehmern wurde auch das vorbeifahrende Fahrzeug des singapurischen Botschafters mit Eiern beworfen.

Besondere Entwicklungen im Bereich islamistischer Terrorismus

Im Jahre 2009 nahmen vor allem im Vorfeld der Bundestagswahl internetbasierte Medienkampagnen islamistischer Terrorgruppierungen zu. Dabei wurde im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr unmittelbar versucht, Einfluss auf politische Entscheidungsträger und das Wählerverhalten zu nehmen. Der bereits im letzten Jahr erkannte Trend, durch Präsentation deutschsprachiger islamistischer Kämpfer zielgerichtet deutschsprachige junge Muslime zur Teilnahme am weltweiten bewaffneten Jihad zu bewegen, hielt an. Die einschlägigen Veröffentlichungen enthielten im Berichtsjahr vermehrt Aussagen, mit denen zielgerichtet Frauen aufgefordert wurden, sich in unterschiedlicher Form aktiv am weltweiten Jihad zu beteiligen. Der in mehreren Fällen wirksam gewordenen Propaganda konnte erfolgreich durch Ausreiseuntersagungen zur Verhinderung des Besuchs eines jihadistischen Ausbildungslagers begegnet werden.

Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste

Im Berichtsjahr 2009 wurden, wie in den Vorjahren, wiederum Hinweise auf in Berlin stattfindende nachrichtendienstliche Aktivitäten gegnerischer Dienste, speziell aus dem vorder- und sonstigen asiatischen Raum, festgestellt. Insgesamt wies die Bundesanwaltschaft dem BKA vier Ermittlungsverfahren mit Berlin-Bezug zu, bei einem Ermittlungsverfahren wurde das LKA Berlin mit der Bearbeitung beauftragt. Auch hier standen auslandsbezogene, regimekritische Gruppierungen im nachrichtendienstlichen Blickfeld.



5.5 Prognose PM-Ausländerkriminalität

Prognose für den Bereich Ausländerextremismus

Für 2010 ist mit weiteren Demonstrationen von Anhängern der PKK/KONGRA-GEL zu rechnen, deren Verlauf vom aktuellen politischen Geschehen in der Türkei bzw. dem Nordirak beeinflusst sein dürfte. Insbesondere die Haftbedingungen des nach wie vor unbestrittenen Führers Abdullah Öcalan dürften weiterhin thematisiert werden. In Folge einer neuen Frühjahrsoffensive der türkischen Armee sind, wie in den Vorjahren, neben Demonstrationen auch gewalttätige Aktionen einzelner Täter bzw. von Kleingruppen zu erwarten. Für die Veranstaltungen kurdischer Vereine und Organisationen gilt weiterhin der grundsätzliche Friedenskurs der PKK-Führung für Deutschland, jedoch sind einzelne, öffentlichkeitswirksame Aktionen der Jugend wahrscheinlich, die von der PKK-Führung getragen werden.

Ebenso sind weitere Protestaktionen iranischer Regimegegner zu erwarten. Es liegen bereits Versammlungsanmeldungen vor, die bis in den Mai 2010 hineinreichen. Bisherige Protestaktionen verliefen allerdings nahezu ausnahmslos friedlich.

Protestveranstaltungen tamilischer Gruppierungen sind rückläufig, hier bleibt die weitere Entwicklung in Sri Lanka abzuwarten.

Prognose für den Bereich islamistischer Terrorismus

Die Bedrohungslage im Bereich des islamistischen Terrorismus bleibt auch im Jahr 2010 hoch. Dabei ist unverändert in Betracht zu ziehen, dass es, unterstützt durch die professionalisierte Propagandaarbeit islamistischer Gruppen, unter anderem auch in deutscher Sprache, zu Taten radikalisierter Einzeltäter unterhalb der Schwelle terroristischer Anschläge kommen kann. Es ist davon auszugehen, dass das vermehrte Auftreten aus Deutschland stammender jihadistischer Kämpfer in Videoveröffentlichungen islamistischer Terrororganisationen eine motivierende Wirkung auf bisher noch unentschlossene deutschsprachige Muslime mit dem Ergebnis entfaltet, dass diese zahlreicher als bisher einen Aufenthalt in einem islamistisch-terroristischen Ausbildungslager sowie in der Folge die weitergehende Beteiligung am weltweiten militanten Jihad anstreben werden.



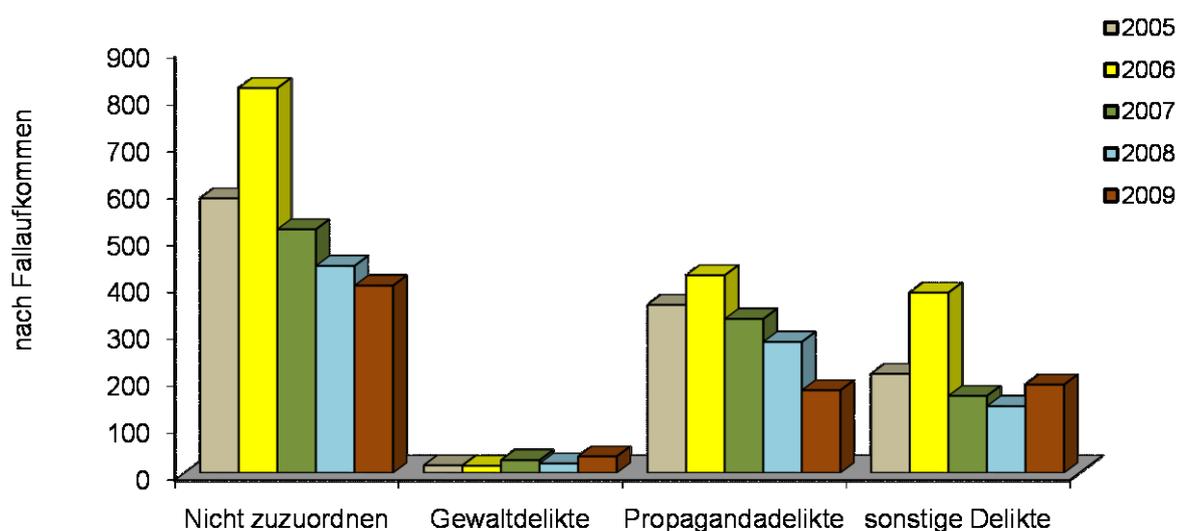
6. FALLAUFKOMMEN IM BEREICH „SONSTIGE/NICHT ZUZUORDNEN

6.1 Gesamtübersicht im Jahresvergleich

6.1.1 Entwicklung der Fallzahlen im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 399 Fälle gemeldet, die keinem der drei Phänomenbereiche zuzuordnen waren. Im Vorjahr wurden insgesamt 441 nicht zuzuordnende Fälle registriert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	16	15	27	20	35
↳ geklärt	9	13	11	8	11
Aufklärungsquote	56%	87%	41%	40%	31%
Propagandadelikte	358	421	328	279	176
↳ geklärt	264	345	217	220	157
Aufklärungsquote	74%	82%	66%	79%	89%
sonstige Delikte	211	384	164	142	188
↳ geklärt	67	102	46	47	49
Aufklärungsquote	32%	27%	28%	33%	26%
Nicht zuzuordnen	585	820	519	441	399
↳ geklärt	340	460	274	275	217
Aufklärungsquote	58%	56%	53%	62%	54%





6.2 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Bereich „Sonstige/ Nicht zuzuordnen“

	2005	2006	2007	2008	2009
Gewaltdelikte	11	17	14	12	20
↳ männlich	10	16	14	11	20
↳ weiblich	1	1	0	1	0
Propagandadelikte	269	380	239	243	179
↳ männlich	248	358	216	228	166
↳ weiblich	21	22	23	15	13
sonstige Delikte	87	124	60	66	74
↳ männlich	68	106	49	46	48
↳ weiblich	19	18	11	20	26
Nicht zuzuordnen	367	521	313	321	273
↳ männlich	326	480	279	285	234
↳ weiblich	41	41	34	36	39